

will-KOMMEN?!

Integration von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene

7. Tiroler Integrationsenquete

Donnerstag, 24. November 2016, 9 bis 17.45 Uhr

Innsbruck, Landhaus 1, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, Großer Saal



INNS' BRUCK HAUSERBEGEGNUNG



Tiroler IntegrationsForum

Diakonie Flüchtlingsdienst



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	3
2. Programmablauf.....	4
3. Vorträge.....	5
3.1 Widersprüche der Einwanderungsgesellschaft: zwischen Willkommenskultur und strukturellem Rassismus	5
3.2 Die Flüchtlingssituation in Europa und Auswirkungen auf Österreich.....	18
4. Impulsvorträge	28
4.1 Perspektiven der Integration.....	28
4.3 Kommunale Integration	52
4.4 Zivilgesellschaftliches Engagement	60
5. Podiumsdiskussion zur Rolle der Gemeinden und Städte im Integrationsprozess	62
6. Kontaktdaten und Links.....	63

1. Vorwort

Durch die dramatische Zuspitzung der humanitären Lage in Syrien und anderen Kriegsgebieten machten sich im vergangenen Jahr viele Menschen auf den Weg auf der Suche nach Zuflucht, Sicherheit und Perspektiven. Auch in Österreich stiegen die Asylanträge massiv an. Angesichts dieser Zahlen war bereits die menschenwürdige Unterbringung und Grundversorgung von Asylsuchenden eine große Herausforderung. Besonders gefordert sind in diesem Zusammenhang die Gemeinden und Städte, die nicht nur Raum für Flüchtlinge schaffen müssen, sondern auch mit Sorgen und Vorbehalten der ansässigen Bevölkerung, sowie mit offener Ablehnung und Anfeindung kleiner Bevölkerungsgruppen konfrontiert sind.

Der nächste und vielleicht der wichtigste Schritt ist die Integration jener Flüchtlinge, die bei uns bleiben werden, in unsere Gesellschaft. Und auch hier sind in erster Linie die Kommunen gefragt: hier leben die Menschen, hier begegnen sich Einheimische und Geflüchtete und hier kann Integration gelingen - oder eben nicht.

Trotz eines großen Engagements der Zivilbevölkerung fühlen sich viele Gemeinden mit dieser Aufgabe überfordert. In unserer Integrationsenquete setzen wir uns damit auseinander, was die aktuelle Fluchtbewegung für Gesellschaften in Europa heißt und wie sich die Situation in Österreich darstellt. Vor allem aber diskutieren wir die Möglichkeiten für Kommunen und ehrenamtlich Engagierte, diesen Integrationsprozess aktiv und sozial nachhaltig mitzugestalten.



Die Integrationsenquete war eine gemeinsame Veranstaltung von Land Tirol, Abteilung Gesellschaft und Arbeit - Bereich Integration; Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration; Haus der Begegnung; Tiroler Integrationsforum, Integrations-Stationen Tirol, Diakonie Flüchtlingsdienst. In Kooperation mit dem Tiroler Gemeindeverband.



2. Programmablauf

- **Begrüßung und Einführung**
- **Widersprüche der Einwanderungsgesellschaft: zwischen Willkommenskultur und strukturellem Rassismus**
Dr. Kien Nghi Ha
Pause
- **Die Flüchtlingssituation in Europa und Auswirkungen auf Österreich**
Mag.^a Birgit Einzenberger
Mittagspause
- **Impulsvorträge**
Perspektiven der Integration – Mmag. Oscar Thomas-Olalde
Wohnen und Nachbarschaft – Univ.-Prof.ⁱⁿ DIⁱⁿ Sibylla Zech
Kommunale Integration – DI Peter Warbanoff und Mag.^a Kirsten Mayr
Zivilgesellschaftliches Engagement – Klara Jetzinger, Konrad Plok und Christine Heller
Pause
- **Podiumsdiskussion**
zur Rolle der Gemeinden und Städte im Integrationsprozess
- Abschluss und gemütlicher Ausklang



3. Vorträge

3.1 Widersprüche der Einwanderungsgesellschaft: zwischen Willkommenskultur und strukturellem Rassismus

Dr. Kien Nghi Ha



Wenn über die Willkommenskultur gesprochen wird, dann läuft die mediale und politische Narration fast immer auf den 4.9.2015 als Kulminationspunkt einer mutigen Tat hinaus als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutsche Grenze für Tausende Hilfssuchende temporär öffnete und damit die Willkommenskultur für Geflüchtete offiziell

einläutete. Als Begründung dient der kurze inzwischen historisch gewordene Satz: „Unser Asylrecht kennt keine Obergrenze“. Sie überraschte damit alle: ihre europäischen AmtskollegInnen, die deutschen MinisterpräsidentInnen in den Bundesländern, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das eigene Wahlvolk und auch die zivilgesellschaftlichen Akteure. Dabei zeichnete sich über das gesamte Jahr 2015 ab, dass sich die Fluchtbewegungen aus dem Nahen Osten aufgrund der sich zuspitzenden Situation in den Kriegs- und Krisengebieten wie auch aufgrund der sich verschlechternden Bedingungen in vielen türkischen Auffanglagern auf einen neuen Höhepunkt zubewegte. Über den gesamten Sommer wurde ein starker Anstieg der Fluchtbewegung über die Balkanroute nach Westeuropa registriert. Die meisten gingen davon aus, dass die EU sich wie schon so oft in der Vergangenheit blind und taub stellen würde. Meist ging es darum eine begrenzte Finanzhilfe auszuhandeln, um auf diese Weise - je nach Sichtweise - unsere humanitären Verpflichtungen nachzukommen oder sich eben davon freizukaufen. Maximal konnten wir uns bis dahin vorstellen, dass nach langen, mühsamen innenpolitischen Diskussionen eine begrenzte Anzahl von Geflüchteten im Kontingentverfahren aufgenommen wird, was zwar individuell hilfreich ist, aber im größeren Gesamtkontext eher eine symbolische und außenpolitische Bedeutung hat. So wurden von deutscher Seite 40.000 irakische Christen als besonders schutzwürdige Flüchtlingsgruppe privilegiert behandelt und prioritär aufgenommen, da ihnen unterstellt wurde, dass sie zum westlichen Kulturkreis gehören und uns religiös und kulturell nahe stehen.

Angela Merkel erscheint mit dieser außergewöhnlichen und heldenhaften Entscheidung der Grenzöffnung, die der bisherigen Ausrichtung des deutschen und auch europäischen Asylpolitik widerspricht, als herausragende europäische Lichtgestalt, die die universellen Werte der Humanität verkörpert. Ein Problem dieser Erzählweise liegt darin, dass sie einer

eurozentristischen und auch euphemisierenden Sicht Vorschub leistet und auf eine Perspektive basiert, die die weniger rühmliche Vorgeschichte ausklammert bzw. verschweigt.

Jahrzehntelange Abschottung durch die Abschiebung in EU-Erstaufnahmeländer im Rahmen des Dublin-Systems, an dessen Aufbau Deutschland federführend beteiligt war. Die humanitäre Aufnahme und der Schutz von Geflüchteten wurde an Mittelmeerländer delegiert, obwohl Spanien, Italien und Griechenland aufgrund ihrer ökonomischen Krisen vollkommen damit überfordert waren und immer wieder dringend um eine solidarische und gerechtere Verteilung der Hilfssuchenden im gesamten EU-Raum baten. Den Preis haben die geflüchteten Menschen bezahlt, da sie in vollkommend überfüllten Lagern häufig unter sanitär katastrophalen Bedingungen monatelang und zum Teil auch über Jahre hinweg hinter Stacheldraht und Gittern weggesperrt oder ohne angemessene Unterstützung durch staatliche Stellen sich selbst überlassen wurden. Als Konsequenz dieser Politik hatten Kinder und Minderjährige, vor allem wenn sie unbegleitet waren, sowie Frauen und Ältere besonders zu leiden. Gemeinsam mit dem umstrittenen Konzept der sicheren Drittstaaten konnte Deutschland über viele Jahre hinweg die Aufnahme von geflüchteten Menschen in einem größeren Umfang verhindern, so dass viele politische Kommentatoren nicht nur eine Einschränkung, sondern die de facto Abschaffung des Grundrecht auf politisches Asyl monierten, da Deutschland Geflüchtete im Grunde genommen nur über den direkten Luftweg eine reale Chance auf Anerkennung ihres Asylantrags hatten. Gleichzeitig wurden im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien durch ausufernde militärische Konflikte, Terroranschläge und westliche Interventionen immer mehr Staaten destabilisiert, so dass die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen in vielen Ländern dieser Region sich drastisch verschlechterten. Deutschland aber auch die EU-Nachbarländer sahen aber keinen Grund, die inhumanen Folgen ihrer Politik grundsätzlich zu überdenken, sondern setzen auf eine verstärkte militärische Abschottung der EU-Außengrenzen etwa durch den Ausbau von Frontex und eine Intensivierung und Modernisierung der Überwachung der Landgrenzen in Ost- und Südosteuropa, wo beträchtliche Summen investiert wurden.

Nicht nur unsere demokratisch gewählten Regierungen, auch die Mehrheit der Bevölkerung in der EU nahm über viele Jahre das Massensterben im Mittelmeer mit einer erstaunlichen Gelassenheit hin. Möglicherweise wurde diese Tolerierung dadurch begünstigt, dass die Toten vor allem aus afrikanischen, arabischen und anderen außereuropäischen Regionen stammten und wir in der westlichen Welt seit Jahrhunderten eine koloniale Ökonomie des Body Counts pflegen, in denen nicht nur die Lebenden, sondern auch die Getöteten in eine globale Hierarchie des menschlichen Lebens eingebunden sind. Der Tod als großer Gleichmacher ist eine tröstende Fiktion für diejenigen, die nicht sterben mussten. Wie viele Boat People in den letzten zwei Jahrzehnten vor den Küsten Europas im Mittelmeer

ertrunken sind, lässt sich nicht exakt feststellen und ist auch schwer abzuschätzen, da sie klandestin reisen und das riesige Meer eine höchst effiziente Methode der anonymen Seebestattung darstellt. Einige Schätzungen gehen für den Zeitraum 2000-2014 von mindestens 23.000 Toten aus. Dieses Phänomen steht in einem kausalen Zusammenhang mit der Abschottungspolitik der Festung Europa gegenüber politisch Verfolgten und Geflüchteten, die aufgrund von Armut, ökologischen Katastrophen, sexueller Verfolgung, ethnischer Diskriminierung, Bürgerkrieg und anderen existenziellen Gründen ihre Herkunftsgesellschaften verlassen mussten. Da es kaum legale und sicherere Wege gibt die EU zu erreichen, müssen Flüchtende in ihrer Not auf die verbleibenden lebensgefährlichen und verbotenen Schleichwege ausweichen. Wenn wir ehrlich sind, ist uns auch bewusst, dass eine gewisse Anzahl von Todesopfern einkalkuliert ist, die zur Sicherung der Festung Europa auch einen durchaus nicht unerwünschten Abschreckungseffekt in den globalen Süden ausstrahlen sollen. Was dagegen nicht erwünscht ist, ist das sichtbare und medial verstärkte Sterben vor den europäischen Grenzen, weil es als unerträgliches Massenphänomen uns in der privilegierten Wohlstandszone selbst traumatisiert und uns mit den Widersprüchen, man könnte auch sagen, mit der Heuchelei der europäischen Wertegemeinschaft in der Flüchtlingspolitik konfrontiert. Bevor Merkel die deutschen Grenzen für die Flüchtlingstrecks aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern öffnete, sind im Oktober 2013 etwa 400 Boat People, im September 2014 etwa 480 Menschen und im April 2015 bis zu 1.500 Menschen bei drei größeren Schiffsunglücken vor Lampedusa umgekommen, wobei sich in diesem Zeitraum natürlich noch weitere kleinere und größere, dokumentierte und undokumentierte Havarien ereigneten. Nach etlichen Schiffskatastrophen und zunehmendem öffentlichen Druck führte Italien im Oktober 2013 ohne Unterstützung der EU-Partner das Rettungsprojekt Mare Nostrum ein, das bis zu 150.000 Menschen auf Hoher See barg. Bereits ein Jahr später wurde das Programm wieder eingestellt, da die Kosten angeblich zu hoch seien und vermeintlich zu viele gerettet wurden, so dass der tödliche Abschreckungseffekt wirkungslos zu werden drohte. Statt eines EU-Rettungsprogramm forderte der deutsche Innenminister ein EU-Abschiebungsprogramm. Als Nachfolgeprojekt gilt Operation Triton der EU-Grenzagentur Frontex, die jedoch in erster Linie der Grenzsicherung dient. Daher operiert sie im Gegensatz zum früheren italienischen Programm nur in küstennahen Gewässern. Das UN-Flüchtlingshilfswerk meldete gestern (23.10.2016), dass im laufenden Jahr 2016 bereits 4000 Menschen beim Versuch, die EU über den Meeresweg zu erreichen, umgekommen sind. Das ist ein neuer negativer Rekordwert und zeigt auf, dass die menschlichen Kosten der Festung Europa enorm hoch sind. Jedoch ist zu befürchten, dass dieser Sachlage nicht als humanitärer Notfall gewertet wird und diese Nachricht keine größeren politischen Auswirkungen auslösen wird.

Angela Merkels kurzfristige Wende in der Asylpolitik kam für die meisten unerwartet und sicherlich ist es möglich ihr für diese verantwortungsethisch geleitete Asylpolitik Respekt zu

zollen und diesen Kurs gegen Anfeindungen von innen und außen politisch zu verteidigen. Allerdings ist es inzwischen klar, dass eine zu pathetische Huldigung fehl am Platze ist, da Merkel angesichts des starken innenpolitischen Gegenwinds und ihrer Isolierung in der EU in dieser Frage, die temporäre Grenzöffnung als Ausnahme in einer historischen Notsituation bezeichnet hat. Dabei müsste jedoch die Ausnahme eigentlich der Regelfall sein, wenn wir in der EU unsere politischen, rechtlichen und moralischen Verpflichtungen ernstnehmen. Politisch ist die EU aufgrund des Mitverursacherprinzips verpflichtet, da die Politik des Regime Change, die militärischen Einsätze und Waffenlieferungen zur gesellschaftlichen Destabilisierung beitragen und Fluchtursachen miterzeugen. Rechtlich sind wir den Menschenrechten verpflichtet und an Verfassungsgebote wie das Asylrecht gebunden. Moralisch steht die EU und gerade Deutschland als reiche Nation in der Pflicht, da unser Wohlstand nicht zuletzt von der neoliberalen und westlich dominierten Weltordnung profitiert, die wiederum durch die koloniale Geschichte der Eroberung, Ausbeutung und Unterdrückung außereuropäischer Gebiete geprägt wurde. Auch die heutigen Konflikt- und Fluchtursachen können nicht unabhängig von diesen größeren metahistorischen Kontexten betrachtet und verstanden werden.

Die Entscheidung zu helfen kam von ganz oben und setzte eine Kettenreaktion in Gang, die durch eine in dieser Phase zumeist wohlwollende und verständnisvolle mediale Berichterstattung verstärkt wurde und sogar viele Menschen erreichte, die bisher mit dem Thema „Asyl und Flucht“ nichts am Hut hatten oder Geflüchteten sogar skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die Willkommenskultur war auf einmal das Modethema für den Mainstream. Für einige Monate war es für breitere Bevölkerungsschichten durchaus hip Gutmensch zu sein, wohlätig für arme bedürftige Flüchtlinge zu spenden, und durch ehrenamtliche Arbeit im Alltag vor Ort zu helfen und sich dabei gut zu fühlen. Institutionen und Organisationen, die bisher nicht in diesem Bereich aktiv waren, überboten sich nun darin Aktionen und Kampagnen des social sponsoring für Geflüchtete zu starten. Viele Bürgerinnen und Bürger waren als Helfende unermüdlich im Einsatz und verausgabten sich dabei. Aber das Gefühl gebraucht zu werden, zu wissen, dass andere von der eigenen Hilfe in unterschiedlichen Graden direkt oder indirekt abhängig sind, verschafft durchaus eine sublimierende Befriedigung und bestätigt die HelferInnen in der Sicht, dass sie und ihre praktische Arbeit wichtig und vielleicht sogar unersetzlich seien, was in vielen Fällen angesichts der überforderten staatlichen Stellen und den überlaufenen Heimen gerade in der zum Teil chaotischen Anfangsphase schwer bestreitbar ist. Die Ökonomie des Helfens ist nicht unbedingt bedingungslos und die Psychologie des Helfens nicht frei von Machtverhältnissen. Selbst diejenigen, die sich nicht aus Kalkül oder auf der Suche nach Erfolgserlebnissen und Selbstbestätigung als HelferInnen betätigen und geflüchtete Menschen als Projekte bzw. als Mittel zum Zweck ansehen, befinden sich strukturell in einer privilegierten Position: Sie sind in ihrer Entscheidung frei und haben jederzeit die Wahl

zwischen Helfen bzw. Nicht-Helfen und können für sich die Rahmenbedingungen und Grenzen dieses Engagements selbst bestimmen. Auf diese Weise reproduzieren die Praktiken der Willkommenskultur die gesellschaftlich vorhandenen Privilegien und verfestigen, selbst wenn sie dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe folgen, zunächst die Unterordnungsverhältnisse, da Hilfsbedürftige qua ihres Status als unterlegen, passiv, unselbstständig und hilflos gelten, während Helfende und Lehrende sich in einer starken, aktiven, wissenden und dominanten Position befinden. Mir geht es nicht darum diese nützliche und in vielen Fällen auch hilfreiche Arbeit kleinzureden oder schlecht zu machen, sondern auf Fallstricke hinzuweisen.

Die über Nacht von der Regierung beschlossene grenzenlose Aufnahme von Geflüchteten war sicherlich der politische Höhepunkt im kurzen Sommernachtstraum der Willkommenskultur. Für einige Monate war die Rede von der Willkommenskultur in aller Munde und in Österreich wurde dieser Begriff sogar zum Wort des Jahres 2015 gekürt. In Deutschland wie in Österreich schossen überall Initiativen wie Pilze aus dem Boden, langjährige Supportgruppen, die bisher gesellschaftlich relativ isoliert arbeiteten, fanden sich plötzlich im politischen Mainstream wieder. Parolen wie „Refugee welcome“, „Open Borders“ und „Gleiche Rechte für alle“, die bis dato als links, randständig oder schlicht als naiv marginalisiert wurden, fanden auf einmal Unterstützung und Widerhall in der bürgerlichen Mitte. Für einen kurzen Moment konnte man den Eindruck gewinnen, dass ein Ruck durch die Gesellschaft geht und wir tatsächlich einen Quantensprung hin zu einer humanitär ausgerichteten Asylpolitik erleben. Auf der anderen Seite der Gesellschaft formierten sich jedoch rechtspopulistische Parteien wie die bürgerlich-nationalkonservative Alternative für Deutschland, die mit muslimfeindlichen und rassistischen Forderungen in den letzten Jahren eine Serie von Wahlerfolgen errungen hat und dabei ist sich als dauerhafte politische Kraft rechts von der CDU/CSU in den Parlamenten zu etablieren. Obwohl die Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) mit Demonstrationen in Dresden größtenteils ein lokales Phänomen mit bundespolitischer Bedeutung geblieben ist, geht auch von dieser Seite eine nicht zu unterschätzende Gefahr aus, da diese weitverzweigte Bewegung eine Kultur des Hasses in den sozialen Netzwerken ausstretet und somit on- wie offline eine Brutalisierung des Diskurses bewirkt. In Österreich ist die Freiheitliche Partei schon seit vielen Jahren als Akteur in der politischen Landschaft etabliert, die die Diskussion um die Willkommenskultur als Chance zur gesellschaftlichen Polarisierung sieht. Wie andere rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa konnte sie politischen Profit aus dieser zugespitzten Situation schlagen. Dies geschieht zum einen wie üblich durch die Betonung der Unterscheidungsgrenze zwischen Mehrheitsgesellschaft und migrantischen Minderheiten, zum anderen durch Anrufung und Mobilisierung von sogenannten Überfremdungsängsten. Die politischen Kräfte und gesellschaftlichen Schichten, die eine migrations- und islamfeindliche Kultur vertreten und

zynisch eine „Verabschiedungskultur“ fordern, konnten durch ihre polemische Ablehnung der Willkommenskultur bereits nach wenigen Monaten eine Trendwende in dieser Frage bewirken und die alte Normalität weitgehend restaurieren. Im Frühjahr 2016 haben sich führende Stimmen in der mitregierenden ÖVP, darunter die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, für ein Ende der „Willkommenskultur“ ausgesprochen und die bisherige Entwicklung als verfehlt bezeichnet. Auch in Deutschland ist durch den starken innerparteilichen Protest innerhalb der CDU/CSU und der Serie an verlorenen Wahlen die Zukunft der Willkommenskultur als offizielles Regierungsprogramm alles andere als gesichert. Eine Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, die im Juli 2016 veröffentlicht wurde, ergab, dass der gesellschaftliche Rückhalt für die Willkommenskultur erheblich abgenommen hat und Positionen, die ein rigoroseres Auftreten gegenüber Migrierten und Geflüchteten fordern stark Zustimmung gewonnen haben und von etwa 40% der Befragten geteilt werden.

Hier stellt sich die Frage, ob das Konzept bzw. der Begriff der Willkommenskultur tatsächlich so überzeugend und weiterführend ist, dass dieser Begriff in Schutz genommen und weiterentwickelt werden sollte? Der Begriff der Willkommenskultur klingt gut und ist ausbaufähig. Zur Zeit leidet die Diskussion darunter,



dass hinter dem Begriff der Willkommenskultur kein konkretes Konzept steht. Jenseits einer positiven Einstellung gegenüber Einwanderung und Menschen mit Migrationshintergrund, der immer wieder beschworenen Förderung von Begegnung und Dialog, dem unvermeidlichen Organisieren von multi- und möglicherweise sogar interkulturellen Festen, ist schwer zu erkennen, welche konkreten politischen Maßnahmen und institutionellen Reformen mit der Ausrufung der Willkommenskultur verbunden sind. So bleibt die Willkommenskultur in erster Linie eine Worthülse und ihre Wirkung beschränkt sich zumeist auf den Bereich der Symbolpolitik und einer freundlicheren Sprache. Sicherlich ist es ein gesellschaftlicher Fortschritt, wenn Zu- und Eingewanderte nicht von vornherein als zu bekämpfendes Problem gedacht, sondern stattdessen besser willkommen geheißen werden. Das alleine reicht aber natürlich nicht aus, wenn nicht weitere und weiterreichende Schritte folgen, die die Strukturen der Gesellschaft so umbauen, dass ein gleichberechtigtes, diskriminierungsfreies und selbstbestimmtes Leben für alle möglich wird.

Dass die Willkommenskultur nicht nur leere Rhetorik oder ein falsches bzw. ein unter den gegebenen Umständen nicht einlösbares Versprechen ist, sondern durchaus auch zynische Seiten hat, zeigt sich etwa im Zusammenhang mit den immer vorgeschlagenen „Willkommenszentren“ für Geflüchtete. Diese sollen nach diesen Ideen außerhalb der EU errichtet werden, um die Betroffenen davon abzuhalten in die EU weiterzureisen. Diejenigen, die die EU dennoch erreichen, sollen dann in diese Auffanglager abgeschoben werden. Mit Willkommen hat das natürlich rein gar nichts zu tun, sondern es geht lediglich darum ein lediges Problem weit weg von der EU zu halten.

Wie beschränkt der Ansatz der Willkommenskultur ist, zeigt sie schon bei der Frage, wer tatsächlich willkommen ist. Uns muss klar sein, dass die Willkommenskultur von offizieller Seite zunächst nur für junge, hochqualifizierte und von der Mehrheitsgesellschaft als nützlich und leistungsfähig erachtete ArbeitsmigrantInnen galt. Das bedeutet auch, dass die positive Einstellung zu dieser Gruppe mit der Missachtung von unterprivilegierten Menschen erkaufte wird, die beispielsweise als unerwünschte ArmutsmigrantInnen kommen. Daher gehört auch die Wirtschaft zu den überzeugten Verfechtern dieser Lösung, da im sogenannten Kampf um die besten Köpfe (wie ich finde eine makabre um nicht zu sagen, eine kannibalistisch klingende Metapher) migrationsrechtliche Barrieren und eine offen gepflegte Kultur der Diskriminierung wenig einladend sind und schwerwiegende Wettbewerbsnachteile mit sich bringen. Länder wie Deutschland und Österreich haben im Unterschied zu englischsprachigen Einwanderungsländern zudem von vornherein auch noch einen Sprachnachteil, da die schwierig zu erlernende deutsche Sprache eben keine Weltsprache ist. So gesehen, ist die Willkommenskultur nicht unbedingt ein Wert an sich und auch keine Geste der Großzügigkeit, sondern eher ein Mittel um dringend benötigte ArbeitsmigrantInnen zu locken. Also ein Vehikel um egoistische Ziele zu verfolgen.

Die Idee ArbeitsmigrantInnen im Sinne der Stärkung der eigenen Nationalökonomie zu verwerten und damit auch die eigene wirtschaftliche Infrastruktur zu modernisieren ist nicht neu, bleibt aber nach wie vor problematisch. Unabhängig davon, ob wir den Nützlichkeitsimperativ in der Migrationspolitik als diskriminierend ansehen oder nicht, muss uns klar sein, dass eine solche Politik die globale Ungerechtigkeitsspirale verschärft und die Entwicklungszusammenarbeit mit den armen bzw. arm gemachten Ländern des globalen Südens ad absurdum führt. Wir jagen diesen Ländern in einem unfairen Wettkampf nicht nur ihre gescheitesten und produktivsten Köpfe ab, obwohl die zukünftige Entwicklung ihrer Wirtschaft gerade auf diese jungen und gut ausgebildeten Menschen angewiesen ist und die gesellschaftliche Stabilität davon abhängt. Unverantwortlich ist auch, dass diese kolonial gebeuteten Gesellschaften auch noch für die jahrzehntelange Ausbildung bezahlen, so dass ihr Verlust sich für die reichen westlichen Industrienationen als Extragewinn darstellt. Wir gewinnen auf diese Weise also doppelt, da wir nicht nur sogenannte Humanressourcen aus

der Dritten Welt kostenlos geliefert bekommen, sondern auch die hohen Ausbildungs- und Infrastrukturkosten für den Ausbau von Kindergärten, Schulen und Universitäten einsparen.

Da die Willkommenskultur wirtschaftspolitisch motiviert ist, wurden Geflüchtete zunächst nicht inkludiert. Erst im Zuge der euphorischen Stimmung im Spätsommer 2015 wurden auch Geflüchtete einbezogen. Laut dem deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll die Willkommenskultur „Neu-Zuwandernde anhand attraktiver Rahmenbedingungen Willkommen heißen und anerkendend in die Gesellschaft aufnehmen. Willkommenskultur richtet sich an alle legalen Neu-Zuwandernden.“ Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Undokumentierte und Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus aus der offiziellen Willkommenskultur ausgegrenzt werden. Unklar ist beispielsweise auch, ob legal zugewanderte Roma aus osteuropäischen EU-Staaten hier ebenfalls willkommen sind. Um nicht Alt-Eingewanderte ebenfalls auszugrenzen, bemühen sich einige das Konzept zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur auszubauen, das die Wertschätzung hervorhebt. Wie das Helfen ist auch das Willkommen heißen ein Akt, der mit gesellschaftlichen Voraussetzungen verbunden ist und bestimmte Rollen vorschreibt. So ist es immer der Gastgeber und Hausherr, der die Macht hat den Neuangekommenen willkommen zu heißen. Andersrum funktioniert es nicht, es sei denn, dass man diese Rechte und Besitzansprüche so miteinander teilt, dass möglichst wenige oder keine Ungleichheitsverhältnisse bestehen bleiben. Im so einem Falle wäre die Willkommenskultur aber vollkommen sinnlos und überflüssig. Das heißt aber auch, dass die Willkommenskultur so wie sie bisher verstanden wird keine Zukunftsfähigkeit hat, da sie selbst nur ein strukturelles Problem reproduzieren kann.

Ein anderes großes Problem mit der Willkommenskultur ist allerdings, dass sie nicht die relevanten Probleme benennt, geschweige entsprechende Vorschläge macht wie diese abgebaut werden könnten. Ein häufig auftretendes Problem ist, dass MigrantInnen und Geflüchtete gerade in staatlichen Ämtern, die sich offiziell der Willkommenskultur verschrieben haben, nicht nur unfreundlich und abweisend behandelt werden, sich mit mangelnder interkultureller Kompetenz herumschlagen müssen, sondern auch Leistungen und Bescheinigungen nicht erhalten, obwohl alle Unterlagen vorliegen und sie darauf einen Anspruch haben. Schikanen, ungünstige Auslegungen, das Nicht-Nutzen von Kann-Regelungen und vorhandenen rechtlichen Spielräumen stellt die Betroffenen vor große Probleme und Belastungen. Als häufig anzutreffendes Phänomen verweisen institutionelle Diskriminierungen auf strukturelle Problemlagen, die im deutschsprachigen Raum viel zu selten diskutiert, kaum erforscht und auch politisch bisher nicht anerkannt sind.

Die Macpherson-Kommission (1999) der britischen Regierung definiert institutionellen Rassismus als das „kollektive Versagen einer Organisation, Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft eine angemessene und professionelle

Dienstleistung zu bieten. Er [der institutionelle Rassismus] kann in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen gesehen und aufgedeckt werden, die durch unwissentliche Vorurteile, Ignoranz und Gedankenlosigkeit zu Diskriminierung führen und durch rassistische Stereotypisierungen, die Angehörigen ethnischer Minderheiten benachteiligen. Er überdauert aufgrund des Versagens der Organisation, seine Existenz und seine Ursachen offen und in angemessener Weise zur Kenntnis zu nehmen und durch Programme, vorbildliches Handeln und Führungsverhalten anzugehen. Ohne Anerkennung und ein Handeln, um solchen Rassismus zu beseitigen, kann er als Teil des Ethos oder der Kultur der Organisation weit verbreitet sein.“ (Macpherson 1999: 6.34 zit nach der Übersetzung von Mechtild Gomolla 2008).

Hintergrund der Macpherson-Kommission war der juristisch und polizeilich mangelhaft aufgearbeitete Mord an Stephen Lawrence (1993).

Analogien zum deutschen NSU-Skandal: Kollektives Versagen von Polizei, Justiz, Politik und Medien

Auch ohne diese spektakulären Fälle des polizeilichen Versagen als Gesamtinstitution, müssen die Arbeitsweise der Ordnungshüter und Sicherheitskräfte überprüft und neue Standards entwickelt werden, die eine nicht-diskriminierende und nicht-rassistische Arbeitsweise der Polizei sicherstellen. Ein zunehmendes Problem ist zum Beispiel das Racial Profiling (also verdachtsunabhängige Kontrollen der Polizei von Schwarzen Menschen und People of Color, nur weil die Menschen nicht der weißen mitteleuropäischen Norm entsprechen): Obwohl es keine gesetzliche Grundlage gibt und Gerichte solche Praktiken für unzulässig erklärt haben, weisen viele Erfahrungsberichte darauf hin, dass Racial Profiling eine weitverbreitete inoffizielle polizeiliche Kontrollpraxis darstellt, die vor allem Rassismusbetroffene ungleich und unfair behandelt.

Auch die immer wieder auftretenden Fälle von ungerechtfertigter Polizeigewalt gegenüber AsylbewerberInnen, postkolonialen MigrantInnen und People of Color sind beunruhigend. Diese sich wiederholenden Vorfälle deuten darauf hin, dass es sich nicht um unglückliche Zufälle und isolierte Einzeltäter handelt, sondern wir es mit einer rassistischen Struktur zu tun haben. Zum Glück sind wir von den Zuständen in Ferguson, Baltimore und anderen Städten in den USA noch weit entfernt, wo meist weiße Polizisten junge unbewaffnete Schwarze Männer und Frauen häufig bei routinemäßigen Verkehrskontrollen getötet haben. Die in Deutschland bekannt gewordenen Fälle deuten auf eine Kultur der Schweigens und der Duldung hin, wenn Misshandlungen und Diskriminierungen durch Mitarbeiter staatlicher Stellen oder kommunaler Einrichtungen trotz einer großen Zahl von Mitwissern nicht zur Anzeige gebracht werden. So wurde etwa im Jahr 2015 ein Fall bei der Bundespolizeidirektion bekannt, in dem ein Bundespolizist an Folter grenzende

Misshandlungen an einem muslimischen Asylbewerber beging. Obwohl Kollegen diesen Fall an vorgesetzte Stellen gemeldet haben, blieben diese bis zum Publikwerden des Falles untätig. Ähnlich gravierende Misshandlungen, die über mehrere Jahre begangen wurden, wurden auch in der Flüchtlingsunterkunft im nordrhein-westfälischen Burbach bekannt, wo sich Szenen abspielten, die an das US-amerikanische Foltergefängnis Abu Gharib erinnern. So ist auf einem Foto zu sehen wie Mitarbeiter des Wachdienstes in dem sogenannten „Folterzimmer“ einen mit Handschellen gefesselten Asylbewerber auf den Boden zwingen und ihren Fuß auf den Nacken des Gefangenen stellen. Obwohl die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Burbach noch laufen, ist nach aktuellen Presseberichten bereits jetzt ersichtlich, dass ein großes professionelles Netzwerk mit über 50 Verdächtigen darin verwickelt ist. Es sind Mitarbeiter des Wachdienstes, aber auch Heimleitung, Sozialarbeiter, Personal der Heimbetreiberfirma, aber auch Mitarbeiter des Regierungspräsidiums in Arnsberg, die von diesen auf Fotos dokumentierten Gewaltexzessen wussten, aber nichts unternahmen und die Täter auf diese Weise deckten.

Sicherlich kommen gewalttätige Diskriminierungen im institutionellen Kontext seltener vor als strukturelle Diskriminierungen, die sich beabsichtigt oder nicht, bewusst oder unbewusst zu einer Struktur der kontinuierlichen Schlechterstellung verfestigen. Trotzdem ist es

erschreckend, wenn offensichtlich kriminelle rassistische Gewalttaten in Institutionen vorkommen und die institutionellen Präventions- und Aufarbeitungsverfahren scheitern. Neben Defiziten in der Organisationskultur ist es auch nötig über rassistische Komplizenschaft als kulturelles Phänomen nachzudenken. Denn in



diesen und anderen Fällen ist ein Muster erkennbar, bei dem die kriminellen Handlungen der Täter durch ein sozio-kulturelles und institutionelles Umfeld gedeckt und unterstützt wurden, die Mordandrohung, Körperverletzung, Erniedrigung, Freiheitsberaubung und Nötigung billigend in Kauf nahm. Ihre KollegInnen, FreundInnen und Angehörige unterstützten vielfach diese Handlungen durch Zustimmung, Komplizenschaft, Duldung, Unterlassung, passives Verhalten und Schweigen. Häufig nahm das Umfeld die Täter in Schutz, zeigte Verständnis und solidarisierte sich offen oder hinter vorgehaltener Hand mit ihnen, während die Opfer ohne Hilfe außen vor blieben. Es ist davon auszugehen, dass wir nur die Spitze des Eisbergs sehen und viele Übergriffe unentdeckt bleiben. Selbst bei den aufgedeckten Fällen ist eine konsequente Strafermittlung und juristische Aufarbeitung nicht selbstverständlich. Es kommt immer wieder vor, dass die Opfer sich nicht einmal an der juristischen Aufarbeitung beteiligen können und rechtliche Genugtuung erhalten, da sie

zuvor bereits abgeschoben wurden, das Verfahren vorzeitig eingestellt wurde, die Täter nur zu geringen Strafen verurteilt oder frühzeitig entlassen werden.

Die institutionellen Probleme deutscher Behörden angemessen mit Rassismus umzugehen wurden auch in einer Reihe von UN-Berichten kritisiert. Der jüngste Bericht wurde im Mai 2015 vom UN-Fachausschuss zur Anti-Rassismus-Konvention veröffentlicht. Dort werden die politisch Verantwortlichen in der BRD dazu aufgefordert Rassismus als gesellschaftliches Problem ernster zu nehmen und die Bekämpfung systematischer anzugehen. So wird den Behörden attestiert, dass sie wie in anderen Einwanderungsländern verpflichtende antirassistische Schulungen benötigen.

Ungleichbehandlung und Benachteiligung durch Institutionen sind nicht notwendigerweise die Folge einer vorsätzlichen Handlung. Rassistische Diskriminierung kann auch ohne Absicht entstehen, weil etwa das tradierte Selbstverständnis und die unhinterfragte Arbeitskultur der Institution zu Ausschlüssen und Ungleichbehandlung führen. Es ist schwer sich an die eigene Nase zu fassen und die eigenen Institutionen und Organisationen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Es ist auch ein Privileg sich diese Blindheit leisten zu können. Institutionen neigen wie alle Menschen dazu blinde Flecken auszubilden, weil die Bereitschaft für Selbstreflektion begrenzt ist und Kritik von außen häufig als Angriff aufgefasst wird. Wer privilegiert ist, tendiert dazu diese Ausschlüsse, Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen zu bagatellisieren und das Ausmaß dieser Problematik zu unterschätzen, da man selbst nicht mit diesen Problemen und ihren Auswirkungen kämpfen muss. Statt sich zu öffnen, schottet man sich ab, wodurch die Probleme verschleppt, aber nicht konstruktiv gelöst werden. Rassistische Diskriminierungen müssen nicht auf Intentionen beruhen. Entscheidend ist das Ergebnis und die Frage, ob alle Menschen fair und gleichberechtigt behandelt wurden: Auch die beste Absicht kann schiefgehen, wenn im Resultat gesellschaftlich marginalisierte Gruppen übergangen werden. Die Herstellung und Reproduktion von Privilegien hängt sehr häufig mit der institutionalisierten Arbeitskultur und den sich daraus ergebenden Machtverhältnissen in Organisationen zusammen. Historisch gesehen wurden in modernen europäischen Gesellschaften vor allem Privilegien für weiße bürgerliche Männer durchgesetzt. In den USA wurde dafür der Begriff „old boys club“ geprägt, deren eurozentristischer Horizont für gewöhnlich von Plato bis NATO reicht. Als gesellschaftlich dominante Gruppe hat man das Interesse unter sich zu bleiben, um nicht Ressourcen wie Macht, Wohlstand und Anerkennung teilen zu müssen. Alle anderen Gruppen sind entsprechend ihres untergeordneten gesellschaftlichen Status in intersektional abgestufter Weise mit unterschiedlichen Formen von Misstrauen und Vorurteilen konfrontiert, die es ihnen schwer machen sozial aufzusteigen und politische Teilhabe einzufordern.

Es ist gar nicht so lange her und zum Teil ist es immer noch so, dass Frauen und Menschen aus der Arbeiterschicht auf männlich und bürgerlich dominierte Institutionen gestoßen sind, die ihnen den gleichberechtigten Zugang verweigert haben. Diese Institutionen hielten sich für aufgeklärt und verwiesen darauf, dass sie Institutionen eines demokratischen Staates und daher natürlich legitimiert seien und die Mehrheit repräsentieren. Sie taten die Frage der Geschlechtergerechtigkeit häufig als Problem von übersensiblen und aggressiven Frauenrechtlerinnen ab, die gar nicht so selten als Emanzen belächelt oder auch verleumdet wurden. Obwohl es bislang keine Frauenquote im Parlament und in den Führungsetagen von Behörden gibt, hat die Bundesregierung letztes Jahr eine Frauenquote für die großen im Deutschen Aktienindex vertretenen Konzerne eingeführt. Und das ist eine richtungsweisende politische wie rechtliche Entwicklung, die auch in anderen Bereichen und bei anderen institutionellen Diskriminierungstatbeständen angewendet werden sollte. So stellt sich die Frage, warum der überwältigender weiße mehrheitsdeutsche Dominanz im öffentlichen Dienst, die weder der Diversität in der Einwanderungsgesellschaft noch unserem Demokratieverständnis entspricht, nicht durch Quotenregelungen und andere begleitende Maßnahmen begegnet werden soll.

MigrantInnen werden auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen strukturell diskriminiert, weil ihre Zugangsmöglichkeiten etwa in die Institutionen des Bildungssystems, des Kulturbetrieb, der Museen, der Parlamente auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene usw. beschränkt sind und sie gegenüber der Mehrheitsgesellschaft schlechter gestellt werden. Obwohl ich in diesem Vortrag nicht einzeln auf diese Problemfelder eingehen kann, möchte ich betonen, dass es wichtig ist, diese Defizite als ein zusammenhängendes System von strukturellen Diskriminierungen zu begreifen.

Am Ende steht natürlich die Frage „Was tun“? Vor kurzem haben 50 Migrantenselbstorganisationen in Deutschland ein gemeinsames Positionspapier vorgestellt, das konkrete Ziele und Vorschläge formuliert.

In dem Impulspapier werden vier Veränderungsziele zur Interkulturellen Öffnung priorisiert:

In Organisationen und Institutionen, in Vereinen, Verbänden, Parteien und öffentliche Verwaltungen sind Strategien zur interkulturellen Öffnung umzusetzen. Vielfalt und Teilhabe sollten gelebte Grundüberzeugungen sein.

MigrantInnenorganisationen werden in Prozesse der interkulturellen Öffnung eingebunden und dafür in ihrer Professionalisierung unterstützt. Es gibt ausreichend Strukturfördermittel und Anlaufstellen für Prozesse der Interkulturellen Öffnung in Organisationen und Institutionen.

Der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die Entscheidungsfunktionen wahrnehmen, muss sich in Organisationen und Institutionen deutlich erhöhen.

Organisationen und Institutionen erbringen ihre Leistungen in gleicher Qualität für alle BürgerInnen unabhängig von deren Herkunft. Menschen erfahren keine institutionelle Diskriminierung und begegnen keinen sprachlichen und kulturellen Barrieren.

Um diese Ziele wirksam zu erreichen, schlagen die MigrantInnenorganisationen insgesamt 29 Maßnahmen vor – unter anderem eine Änderung des Grundgesetzes, um gleichberechtigte Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft zu verankern. Das neue Staatsziel soll festschreiben, dass die Bundesrepublik ein „vielfältiges Einwanderungsland“ ist und gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration fördert.



3.2 Die Flüchtlingssituation in Europa und Auswirkungen auf Österreich

Mag.a Birgit Einzenberger



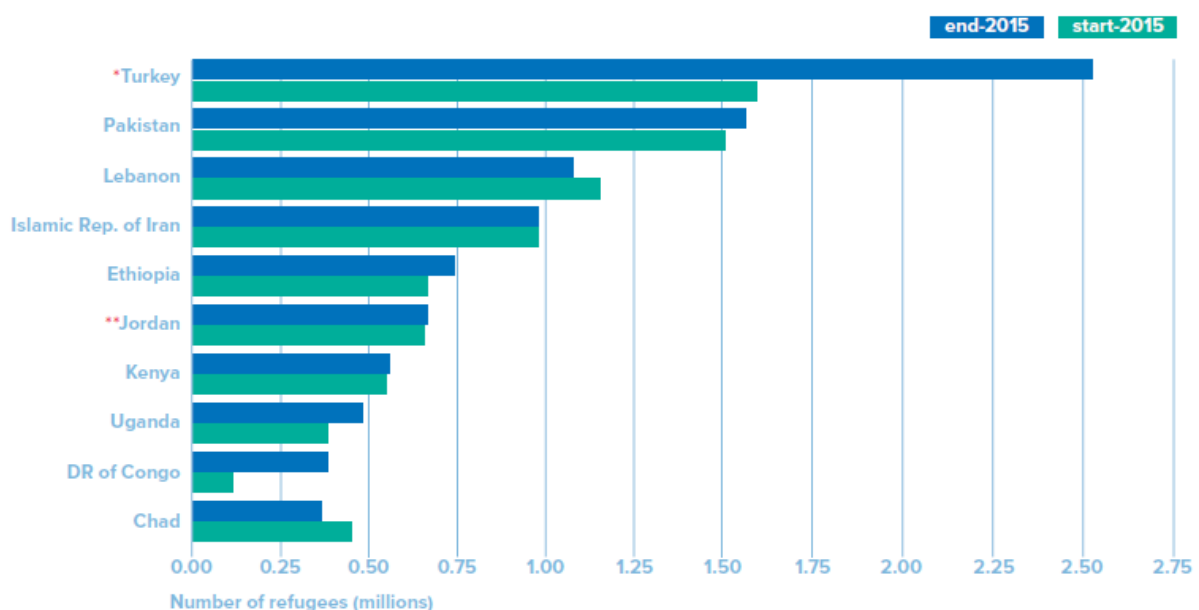
Daten und Fakten

Vertreibung weltweit – Trauriger Rekord



Quelle: UNHCR, Global Trends 2015, Stand: 31.12.2015

Aufnahmeländer von Flüchtlingen



* Refugee figure for Syrians in Turkey is a Government estimate.

** Includes 33,300 Iraqi refugees registered with UNHCR in Jordan. The Government estimates the number of Iraqis at 400,000 individuals at the end of March 2015. This includes refugees and other categories of Iraqis.

Quelle: UNHCR, Global Trends 2015

9 von 10 Flüchtlingen leben in Entwicklungsregionen

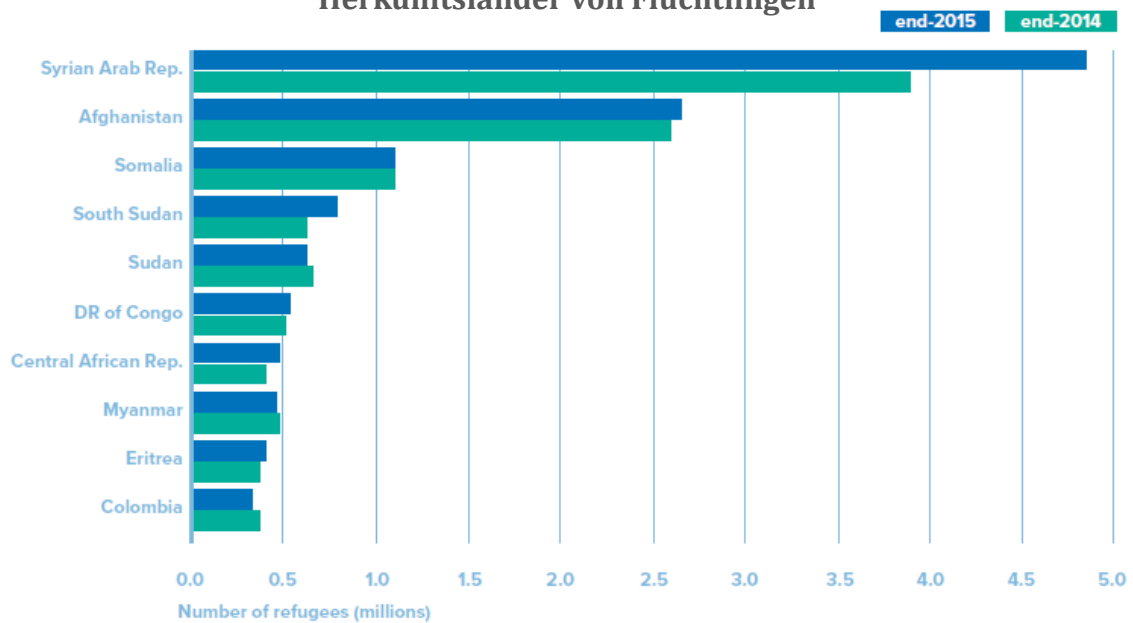
86

Prozent

Entwicklungsregionen nahmen 86% aller Flüchtlinge unter UNHCR Mandat auf. Mit 13,9 Millionen Menschen ist das die höchste Zahl in mehr als zwei Jahrzehnten. Die am wenigsten entwickelten Länder gewährten 4,2 Millionen Menschen Asyl. Das entspricht 26% aller Flüchtlinge weltweit.

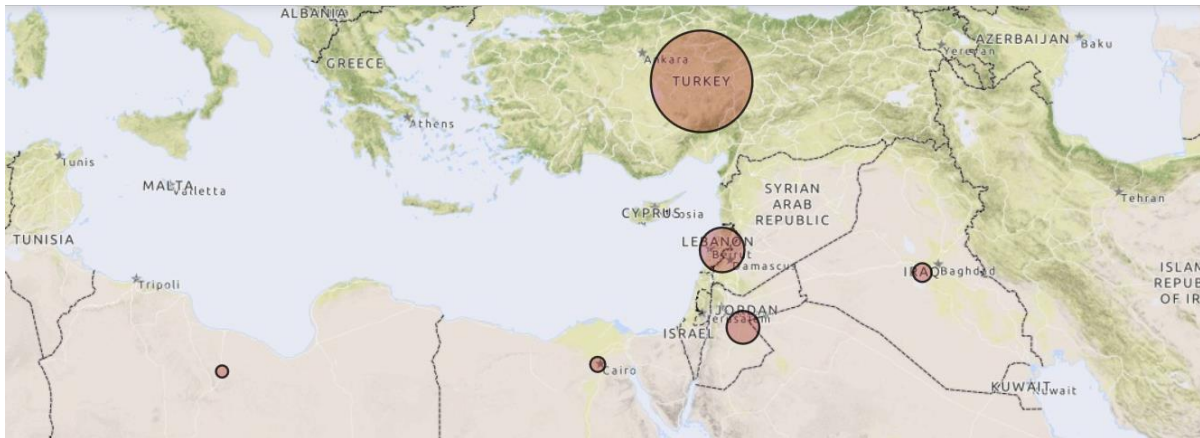
Quelle: UNHCR, Global Trends 2015

Herkunftsländer von Flüchtlingen



Quelle: UNHCR, Global Trends 2015

Syrische Flüchtlinge in der Herkunftsregion



Total Persons of Concern

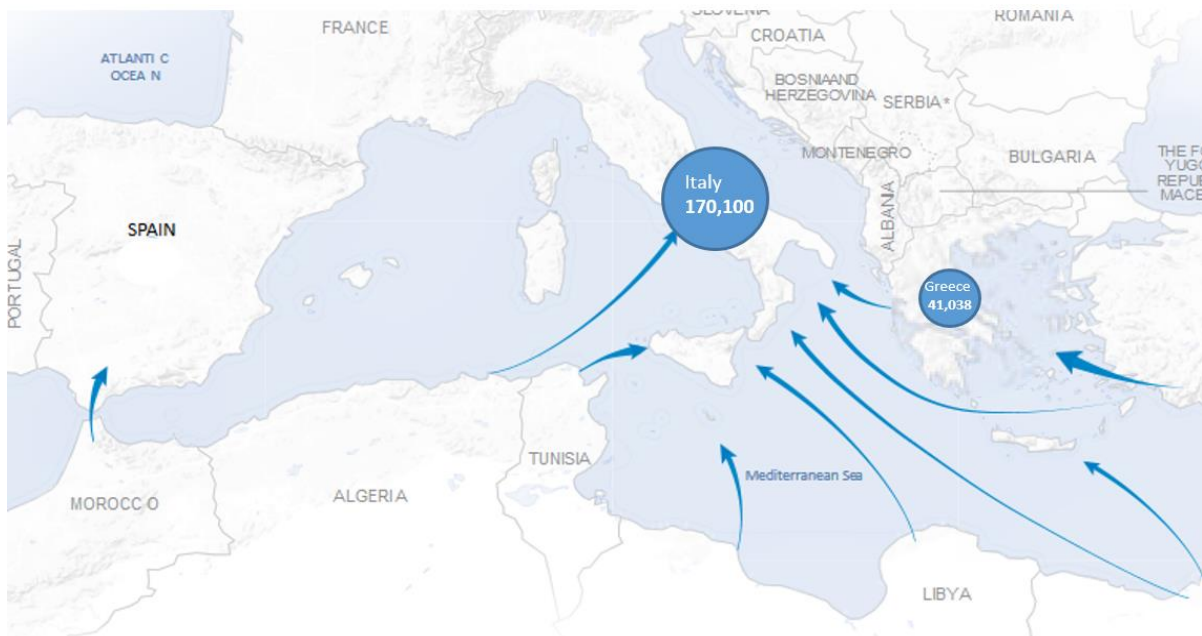
4,810,216

🕒 Last Updated 07 Nov 2016

Source - UNHCR, Government of Turkey

Flucht- und Migrationsbewegung nach Europa 2014

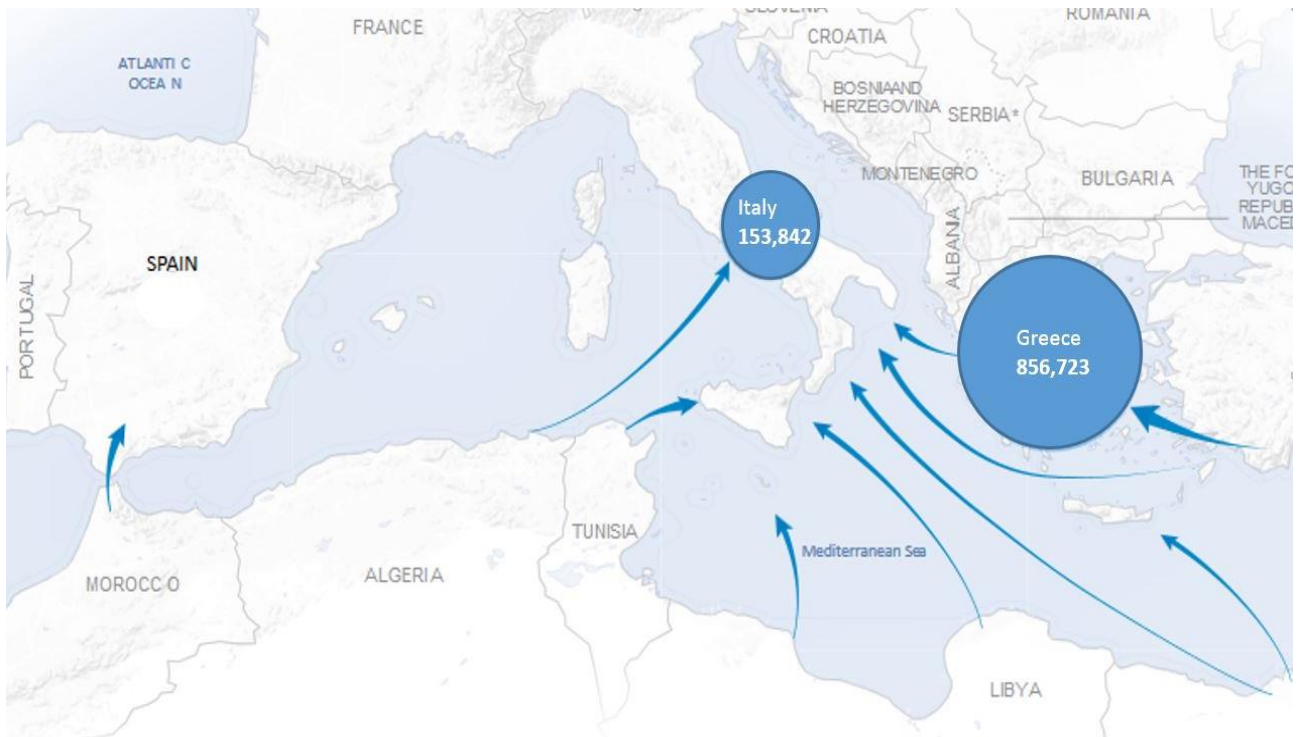
218.068 Personen



Quelle: data.unhcr.org

Flucht- und Migrationsbewegung nach Europa 2015

1.015.078 Personen

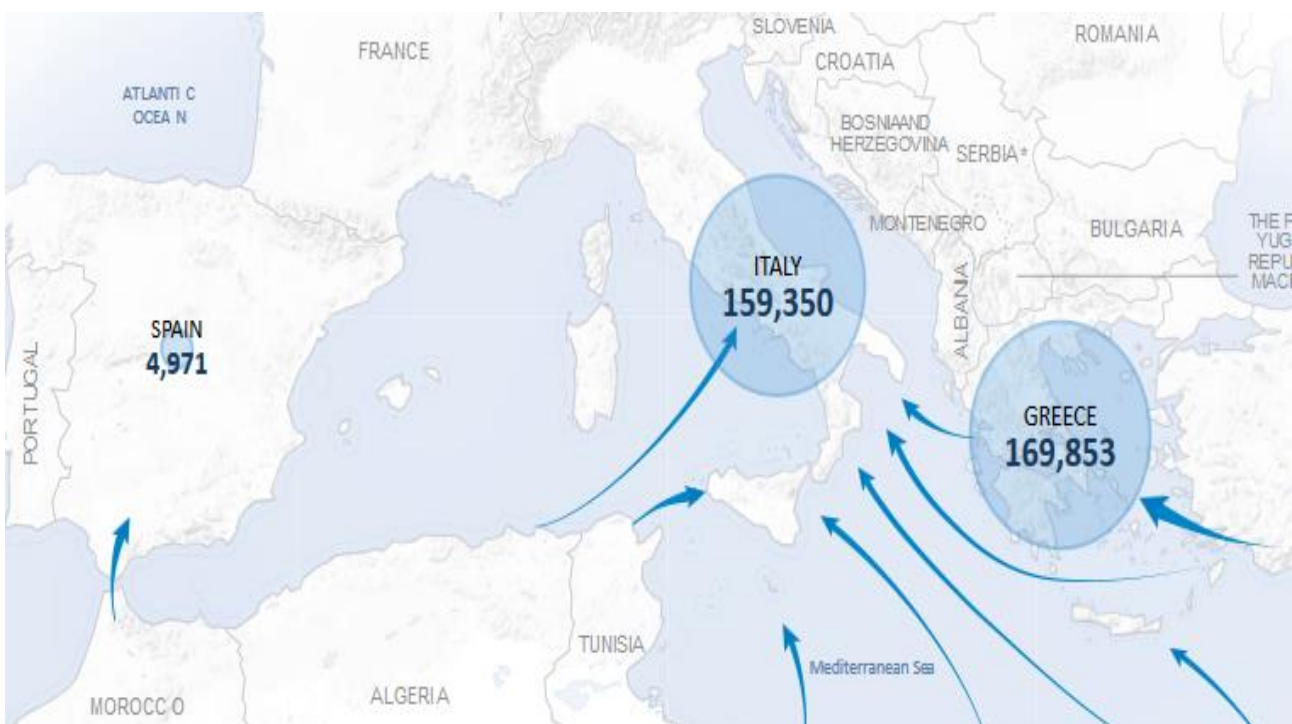


Österreich: **Ca. 600.000** „Transitflüchtlinge“
89.098 Asylanträge

Quelle: data.unhcr.org

Flucht- und Migrationsbewegung nach Europa 2016 (1.1. bis 30.11.)

334.174 Personen

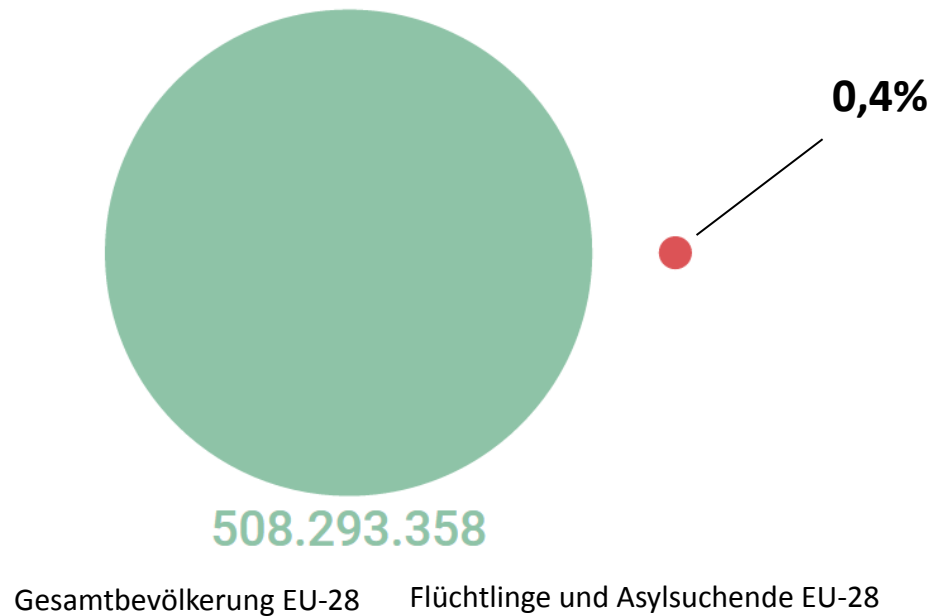


21 Österreich: **37.256** Asylanträge

Quelle: data.unhcr.org

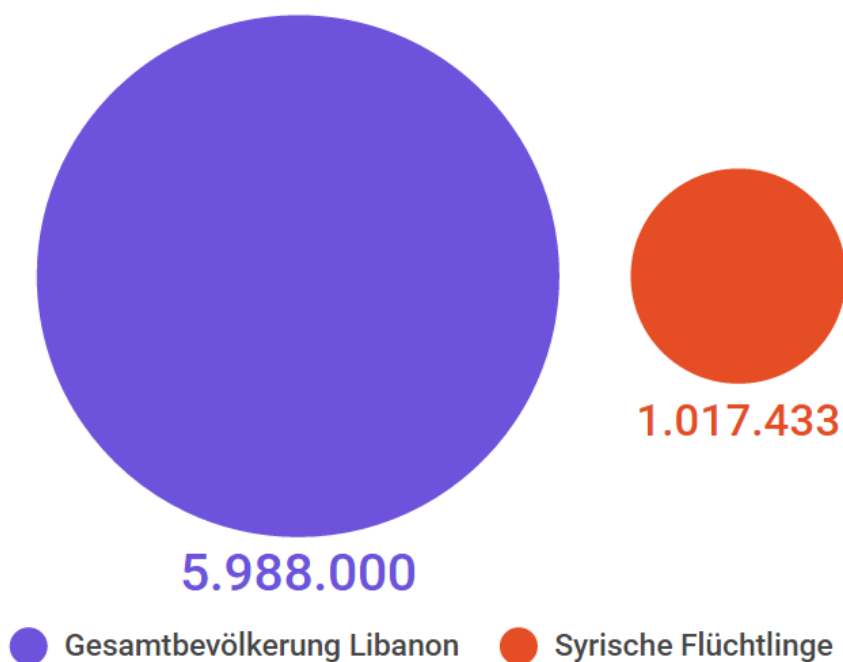
Globale und europäische Herausforderungen

Flüchtlinge und Asylsuchende in der EU im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2015



Quelle: UNHCR, Global Trends 2015

Syrische Flüchtlinge im Libanon im Vergleich zur Gesamtbevölkerung



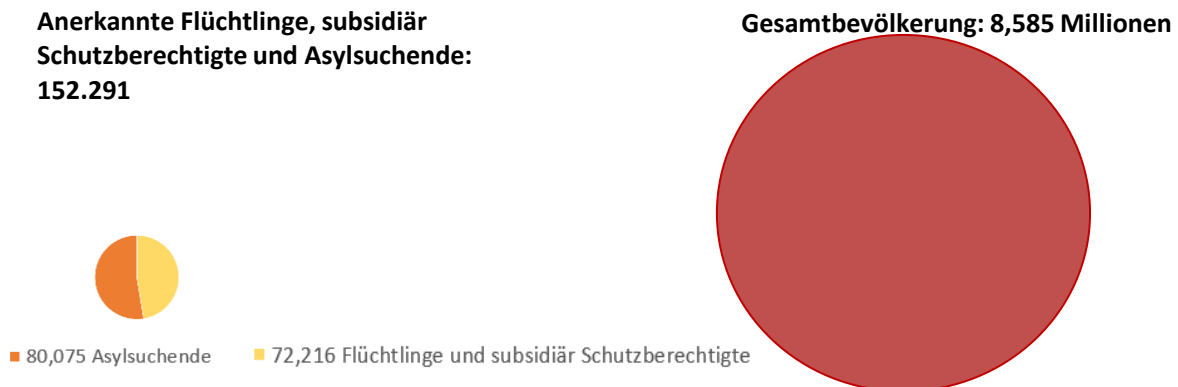
Quelle: data.unhcr.org

Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung

Number of refugees per 1,000 Inhabitants | end - 2015



Flüchtlinge und Asylsuchende in Österreich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 2015



UNHCR-Vorschläge

- Konfliktlösung in den Herkunftsländern
- Hilfe vor Ort (immer noch chronisch unterfinanziert)
- Alternative Einreisemöglichkeiten in die EU, u.a.
 - Resettlement
 - Familienzusammenführung
- Solidarität in der EU
 - Registrierung und „Relocation“ in der EU (Hot-Spot-Ansatz)
 - Einheitliche EU-Asylregeln (nur ein EU-Asylantrag)
- Aufbau der Asylsysteme in EU-Nachbarstaaten

Und was passierte in der Praxis in Europa?

- Zäune wurden gebaut
- Der Zugang zum Asylverfahren wurde eingeschränkt
- „Illegale“ Einreise wurde unter Strafe gestellt, obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention genau das verbietet
- Haft für Asylsuchende wird wieder häufiger angewandt
- Andere Länder werden für „sicher“ erklärt, um Asylanträge ablehnen zu können
- Das Recht auf Familienzusammenführung wurde eingeschränkt
- Sozialleistungen für Flüchtlinge wurden gekürzt

Auswirkungen auf Österreich

Erstversorgung

Grenze



© UNHCR /
Mark Henley

Bahnhöfe



© UNHCR /
Michael Schöppl

Grundversorgung

Überforderung im Sommer / Herbst 2015
Schutz von Kindern (v.a. unbegleiteten)
Schutz vor Gewalt (Frauen/Mädchen, LGBTIQ –
Abkürzung für **L**esbian, **G**ay, **B**isexual und **T**ransgender)
Standards für Unterbringung und Betreuung
Integration in die lokale Gemeinschaft
NEU: Förderung der Integration von Asylsuchenden
aus Herkunftsländern mit hohen Anerkennungsraten
Sehr eingeschränkter Arbeitsmarktzugang



© UNHCR/Aubrey Wade

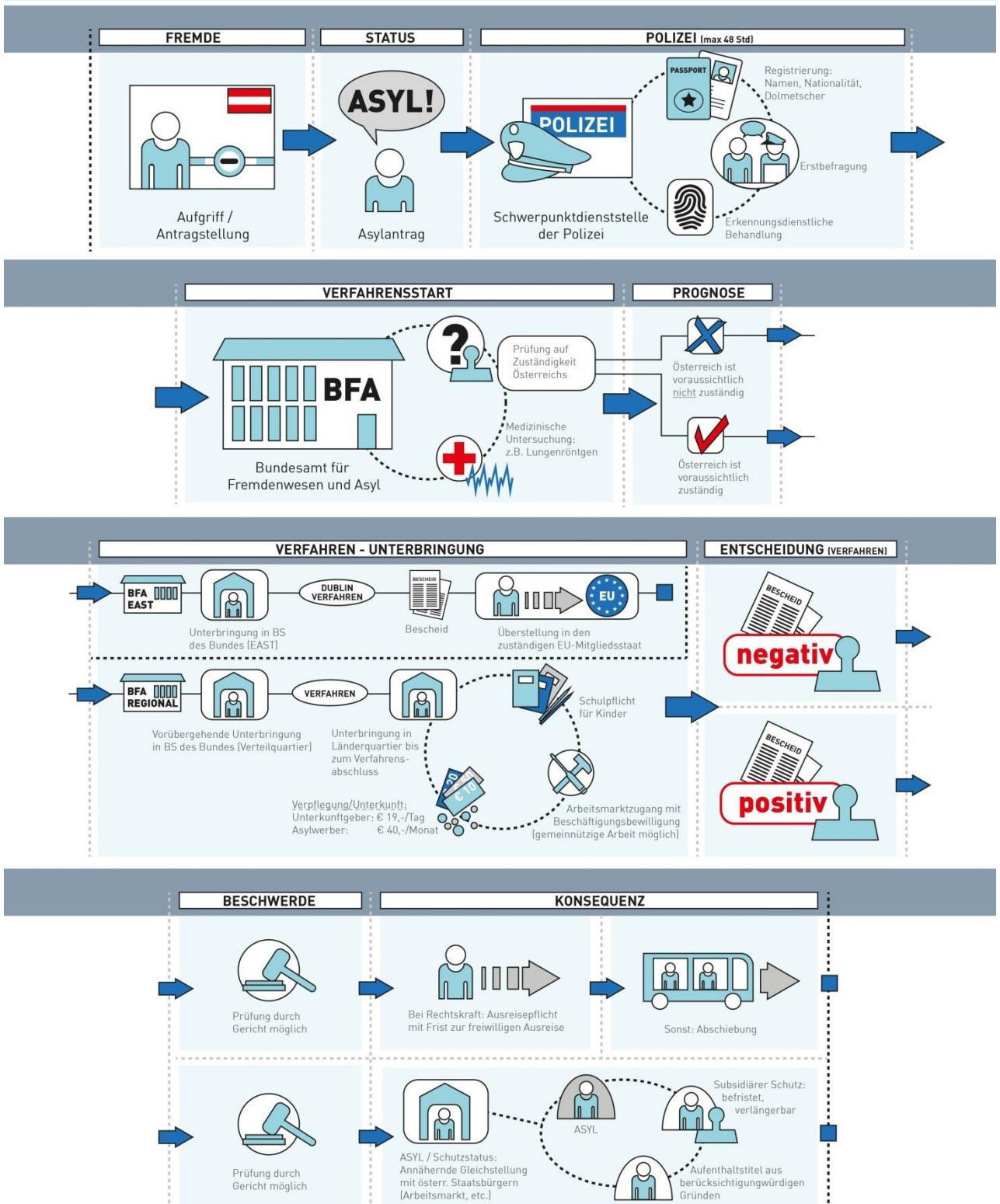
Asylverfahren

- Hohe Anerkennungsrate
 - Große Unterschiede nach Staatsangehörigkeit
- Gestiegene Verfahrensdauer
 - Verlängerung der Entscheidungsfrist
 - Aufstockung von BFA und Gerichten
- Information / Rechtsberatung



- Umsetzung negativer Entscheidungen

ASYLVERFAHREN IN ÖSTERREICH



grafik: © bmi 2015

Integration

- Wohnen
- Spracherwerb
- (Aus-)Bildung
- Anerkennung von Qualifikationen
- „Beschäftigung“
- Flächendeckende, individuelle Unterstützung



Rechte von Schutzberechtigten

SUBSIDIÄR SCHUTZBERECHTIGTE IN ÖSTERREICH



UNHCR
The UN Refugee Agency

UNHCR ÖSTERREICH
FEBRUAR 2015

- Hürden für subsidiär Schutzberechtigte
- „Asyl auf Zeit“ – befristeter Aufenthaltstitel für Asylberechtigte
- Einschränkung der Familienzusammenführung
- Einschränkung sozialer Rechte (BMS)
- Bestehende hohe Hürden für Einbürgerung
- Kaum reguläre Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge aus den Herkunftsregionen



4. Impulsvorträge

4.1 Perspektiven der Integration

Oscar Thomas-Olalde



Wichtig ist in Fragen von Integration auf kommunaler Ebene, die Mesoebene nicht außer Acht zu lassen. Dabei geht es um eine Zwischenebene zwischen rechtlichen Bestimmungen und nationalstaatlichen Rahmenbedingungen und der konkreten kommunalpolitischen Ausgestaltung von Integration. Diese Ebene dazwischen ist

enorm wichtig, um nicht einem reinen Pragmatismus zu verfallen oder in die Resignation zurückzufallen. Nach dem Motto „alles Bundepolitik, da kann man eh nichts machen“.

Es geht aber auch um die Meso-Ebene zwischen Theorie und Praxis und um die vielen Ebenen zwischen globalen Entwicklungen und den konkreten Biographien von Menschen, sowie um die Fragen des konkreten professionellen Handelns.

Bei den Keynotes am Vormittag haben wir viel über internationale und globale Zusammenhänge gehört. Wir haben auch gehört, dass Integration Vielerlei bedeuten kann:

a) Widersprüchliche Praxis, die mehrperspektivisch betrachtet und angegangen werden soll. Wollen wir gute Integrationsarbeit leisten, müssen wir unsere Verständnisse von Integration – auch die liebgewonnenen- einer kritischen Überprüfung unterziehen.

b) „Integration“ als Herausforderung, die in globalen, europäischen und nationalen Kontexten eingebettet ist.

Ich möchte hier ein paar Skizzen aus der Praxisreflexion vorstellen. Es handelt sich dabei um eine Art Vignetten-Sammlung zu unterschiedlichen Themen und diese enden jeweils mit einem „Desiderium“ (Wunsch, Verlangen, Forderung, Selbstaufforderung).

Perspektive (von lateinisch *perspicere*, hindurchsehen, hindurchblicken) bezeichnet die räumlichen, insbesondere linearen Verhältnisse von Objekten im Raum: das Abstandsverhältnis von Objekten im Raum in Bezug auf den Standort des Betrachters. Damit ist die Perspektive stets an den Ort des Betrachters gebunden und kann nur durch Veränderung der Orte der Objekte und des Betrachters im Raum verändert werden.

Diese Feststellung ist dahingehend wichtig, dass eine andere Perspektive nicht durch Veränderung des Betrachtungsausschnitts (z. B. durch Verwendung eines Zoom-Objektivs in der Fotografie) herbeigeführt werden kann.

Die *perspektivische Darstellung* fasst die Möglichkeiten zusammen, dreidimensionale Objekte auf einer zweidimensionalen Fläche so abzubilden, dass dennoch ein räumlicher

Eindruck entsteht. Das brauchen wir in Hinblick auf Integration, um uns zu erinnern, dass wir mit „Integration“ einen Hilfsbegriff verwenden, der eine sehr breite, brüchige, widersprüchliche und komplexe Wirklichkeit bezeichnet, die wir immer von einem bestimmten Standpunkt aus betrachten. Deswegen ist die Rede über Integration immer perspektivisch, immer relativ. Das dürfen wir bei jeder politischen und praktischen Dringlichkeit nicht vergessen. Wenn wir aus einer Perspektive (z.B. die budgetäre, die tagespolitische, die mediale Perspektive) ein totales Bild, eine endgültige Darstellung machen, agieren wir nicht pragmatisch, sondern schränken wir nur unsere Betrachtungs- und Handlungsmöglichkeiten ein.

Integrationsarbeit braucht mehr Perspektiven.

„Perspektiven der Integration“ ist ein zu anspruchsvoller Titel. Die Intention ist aber schon hier, einen Fokus auf „Integration“ zu wählen, der sich den tagespolitischen und auch den dringend-pragmatischen realen oder selbstgemachten Sachzwängen entzieht. Gerade aus der Praxis sprechend ist mir wichtig zu betonen: In unserem Feld brauchen wir einen breiten Winkel, von dem aus wir auf Herausforderungen, Probleme und Chancen blicken. Gerade für die Praxis braucht es diese Perspektiven, wollen wir uns nicht nur im Kreis drehen.

Es ist sehr unpraktisch, nur praktisch zu denken.

Gerade im Bereich der Mitgestaltung von sozialen Dynamiken braucht es neue und große Ideen, scharfe und differenzierte Analyse, soziale Phantasie. Investieren wir nicht darin, so werden wir uns wahrscheinlich die Chance der Mitgestaltung von sozialer Wirklichkeit nehmen und nur auf „Notlagen“ mit „Notverordnungen“ und „Notmaßnahmen“ reagieren. Und das ist zu wenig bzw. das ist nicht zukunftsfähig. Das erste ist also ein Plädoyer für größere Perspektiven für Integrationsarbeit.

Ich beginne hier mit der Liste der Desiderata: Integrationsarbeit heute braucht Räume und Möglichkeiten für kreative Arbeit und damit meine ich nicht Bastelstunden für Flüchtlinge, sondern z.B. Förderungen für Kulturschaffende, KünstlerInnen und Intellektuelle mit und ohne Fluchterfahrung, die neue Wege suchen, ohne sofort den herrschenden Kriterien der „Verwertbarkeit“ und der „Umsetzbarkeit“ unterworfen zu werden. Projekte, die schon damit anfangen, die Realität mehrperspektivisch zu beschreiben, die die Stimme der Betroffenen einholen, die gerade das zu Tage fördern, was nicht in die Rationalität der Medien oder der Politik unmittelbar passt, aber uns Teile einer komplexen Realität aufzeigt. Welche Zukunftsvisionen haben geflüchtete Menschen? Wie drücken sie sie aus? Wie beschreiben sie die neue Wirklichkeit, mit der sie konfrontiert sind? Und was sagt uns das für die Arbeit im Feld? Für die Konzeption von Bildungsmaßnahmen? Wie definieren und erleben Menschen „Integration“, wenn sie sich in einem relativ freien Raum artikulieren können? Welche Formen der aktiven und gestalterischen Selbstorganisation sind möglich und gewollt?

„Integration“ - Beobachtungen aus vielen Jahren Bildungsarbeit, aus der Praxis in der Integrationsarbeit und aus ein bisschen Forschungsarbeit.

Der Begriff und seine Kontextualisierung hat viele Veränderungen mitgemacht. Manuela Bojadziev bemerkt z.B., dass sich im deutschsprachigem Raum der Begriff erst ab 1973 etabliert hat, also zur Zeit des Anwerbestopps von Arbeitskräften aus dem Balkan und der Türkei (Spanien, Griechenland und Portugal gelten mehr für Deutschland und die Schweiz). Der Begriff entstand – so Bojadziev - als Reaktion auf drohende soziale Unruhen, auf die räumliche Bildung bezeichnenderweise so genannter Ghettos. Als Reaktion also auf soziale Folgen einer nicht-vorhandener Politik der Inklusion. In seinen Ursprüngen ist der Begriff „Integration“ also bereits kompensatorisch gemeint. Als Reaktion auf eine verpasste

Inklusion. In der Begriffsgeschichte wurde der Begriff genutzt, um auf alltägliche und politische Organisationsbemühungen von MigrantInnen zu antworten, ein bisschen nach dem Motto „organisiert Euch nicht sondern integriert Euch“. *Integration* wurde in unserem Kontext immer ordnungspolitisch gemeint. Und doch wurde der Begriff auch von MigrantInnenorganisationen genutzt, um politische Positionen zu formulieren, um Teilhabe und Partizipation einzufordern. Der Begriff wurde – wie alle umkämpften und relevanten Begriffe – immer wieder neu gedeutet und besetzt. Vor ca. 10 Jahren beschäftigten uns Diskussionen über die Sinnhaftigkeit und die politische Brauchbarkeit des „Integrationsbegriffes“. Die Kritik war, dass mit *Integration* mindestens zwei unzulässige Verallgemeinerungen stattfinden, die für politisches und soziales Handeln nicht leitend sein können:

a) Es wird zuerst die Gruppe der Migranten und dann die „Aufnahmegesellschaft“ homogenisiert.

b) Es wird auf die Unterschiede und auf die Heterogenität der konstruierten Gruppen vergessen. Kulturalistische Vorstellungen von Integration wurden hier mittransportiert.

Wenn Integration allzu stark reine Anpassung und Assimilation suggeriert und weil sich die Politik, die sich dieser Aufgabe verschreibt, allzu sehr auf Maßnahme zur „Eingliederung“ konzentriert, sollten wir wieder auf das Ganze fokussieren: auf die vorhandene Diversität der Gesellschaft, auf die Dynamik von Migration, die für moderne Gesellschaften konstituierend ist.



Das waren die Zeiten, in denen Diversitätsleitbilder für Länder und zum Teil für Gemeinden entstanden. Die Zeiten, in denen „Vielfalt“ groß geschrieben wurde. Heute erleben wir eine Rückkehr zu einem unhinterfragbaren Integrationsbegriff. Das ist zum Teil verständlich: Angesichts konkreter, dringender Herausforderungen wird nicht gefragt, was mit *Integration* intendiert wird, von welchen Zukunftsbildern wir ausgehen sollen, welche Vorstellungen von Gesellschaft unser Integrationsverständnis tragen sollen. Es hat sich ein Integrationspragmatismus etabliert. Natürlich gibt es dringende Aufgaben, die auf große Diskussionen nicht warten können: Kinder, die einen Platz in der Schule bekommen sollen, Übergangsklassen, die installiert, Deutschkurse, die organisiert, Wohnungen, die gefunden werden müssen. Wir werden uns aber eine große Chance verbauen, wenn wir das alles unter dem Vorzeichen der Fraglosigkeit bewerkstelligen.

Desiderium selbstkritische Integrationspraxis und Reflexion

Wir müssen Übergangsklassen installieren und gleichzeitig stets danach fragen, was sich in den Schulen selbst verändern soll, um der Wirklichkeit der SchülerInnen gerecht zu werden. Was muss sich in der LehrerInnenausbildung, in der Kommunikation mit den Eltern ändern? Wir müssen Deutschkurse organisieren und auch begleitende Maßnahmen implementieren, wir müssen weiterhin Freiwillige unterstützen, die Konversationsstunden anbieten, und gleichzeitig müssen wir uns fragen, inwieweit vorhandene Angebote (etwa die Maßnahmen im Rahmen des so genannten Startpakets) mit gesicherten und evaluierten Ergebnissen aus der Bildungs- und Spracherwerbforschung vereinbar sind. Wir müssen uns auch z.B. fragen, ob bestehende Strukturen und Methoden, die von einem Idealtypischen Bild gesunder, leistungsstarker Lernenden mit dem einzigen Fokus auf Arbeitsmarktintegration ausgehen, für alle anwendbar sind. Wir müssen uns fragen, ob wir wirklich weiterhin das Ziel des Spracherwerbs mit möglichen Sanktionen und Kürzungen in den Sozialleistungen koppeln wollen und wie Spracherwerb, soziale Integration, Begegnungen, Beschäftigung auf unterschiedlichen Ebenen (auch weniger formell) und sukzessive Einbindung in den Arbeitsmarkt zusammengehen. Wir müssen uns auch fragen, was wir mit Menschen machen, die aus unterschiedlichen und oft sehr offensichtlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind und sein werden, eine B1-Prüfung abzulegen. Ja, wir müssen Wohnungen suchen, aber wir müssen auch fragen, wie in 3, 5, 10, 15 Jahren leistbares, inklusives Wohnen aussehen kann und nach Möglichkeiten der Steuerung und Gestaltung fragen.

Deutsch für den Arbeitsmarkt ist eine dringende Aufgabe, aber wir müssen auch fragen, welche Möglichkeiten sich in der Wirtschaft und der Arbeitswelt aufgrund der zunehmenden Mehrsprachigkeit in der Bevölkerung ergeben. Kompetenzbilanzierung und Nostrifizierung sind wichtig, aber wir müssen auch fragen, welche Wege gibt es um nicht-formelle oder nicht-zertifizierte Kompetenzen zu aktivieren. Im Bereich Lehre, Praktika und Einführung in die Arbeitswelt sind progressive Maßnahmen notwendig, v.a. Maßnahmen die die Existenzsicherung von Familien nicht gefährden.

„Integrationsarbeit“ - Arbeit für eine integre Gesellschaft

Der Werte-Diskurs, der im Gange ist, bringt die Gefahr mit sich, dass hier Othing im großen Stil betrieben wird, und dass wir soziale Konflikte und große „Gesellschaftliche Baustellen“ (Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Armut, Deprivilegierung, Chancengleichheit) nach „außen“ verlagern und so tun, als ob wir „vor den Flüchtlingen in einer emanzipierten und aufgeklärten Gesellschaft gelebt hätten“. Vielmehr sollen wir die Chance nutzen, die Werte die unsere demokratischen und plurale Gesellschaft tragen, gerade aufgrund demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu stärken: Grundrechte, Rechtssicherheit, Gleichberechtigung, Partizipation, Nicht-Diskriminierung. Wir alle sollten uns darauf zurückbesinnen.

Ein mögliches Problem mit dem Begriff „Integration“ ist, dass immer die Illusion der mit sich in Einklang stehenden Gesellschaft mitschwingt. Integration hieße dann, dass „die neuen Teile“ sich in das einheitliche Ganze eingliedern würden.

Adorno kritisiert den Integrationsbegriff, der in der Soziologie aus der Reflexion einer industriellen arbeitsteilig organisierten Gesellschaft kommt. Parsons spitzt das zu, wenn er sagt, dass „Integration gelingt, wenn individuelle funktionelle Bedürfnisse mit den Schemata des allgemeinen Über-Ich übereinstimmen“. Integration in diesem Sinn meint also ein Ineinanderpassen der Menschen in ein System. Vor diesem Hintergrund meint Adorno, dass man sich zur Integration nicht rein affirmativ verhalten kann. Integration ist vor allem ein Zurechtbiegen von subjektiven Bedürfnissen, Begehren und Möglichkeiten, um das sozio-

ökonomische System auszubalancieren. Aber das System ist nicht im Gleichgewicht, und deswegen ist Integration oft die falsche „Versöhnung mit einer unversöhnten Gesellschaft!“ Was heißt das für die Praxis? Dass bei Integration, der Weg das eigentliche Ziel ist. Es ist nicht das hinführen von einigen Menschen in die integrierte Gesellschaft, sondern der ständige und oft widersprüchliche Prozess, bei dem eine Gesellschaft sich ihrer selbst vergewissert.

Desiderium: Es soll nicht bei der Kritik bleiben

Es ist eine Chance, unversöhnte Verhältnisse auszusprechen und Perspektiven zu entwickeln. Deswegen gehören zu Integrationsarbeit:

- Rassismuskritik: Eine Perspektive, die für die Integrationsarbeit unerlässlich ist, ist die ständige und systematische Überprüfung von möglichen diskriminierenden und rassistischen Effekten von sozialer Praxis und von strukturellen Maßnahmen.
- Transkulturelle Öffnung der Institutionen der Gesellschaft
- Politische Arbeit und Information wie z.B. der „Video Wegweiser“ der Plattform Rechtsberatung. Ein politisches Bekenntnis zur gesellschaftlichen Realität. Integrationsarbeit ist nicht möglich, wenn die Existenz von Menschen und Ihr Recht auf Rechte und Perspektiven aus wahltaktischen Gründen zur Disposition stehen.

Wenn ich auf das Thema der heurigen Integrationsenquete Bezug nehme, sehe ich die Gemeinde als Mikrozelle von Partizipation und Beteiligung bzw. Teilhabe. Und das kann man nicht zur Gänze Ehrenamtlichen überlassen. Gemeinden müssen Räume schaffen, Vernetzung ermöglichen, Zeit und Ressourcen in soziale Nachhaltigkeit investieren und Farbe bekennen für eine solidarische Gesellschaft.

„Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte statt dessen auf die schlechte Gleichheit heute (...) deuten, den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst leben kann und verschieden sein kann.“

(Teodor W. Adorno)

4.2 Wohnen und Nachbarschaft

Univ.-Prof.in DI Sibylla Zech

Integration von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene

Herbst 2015



Es helfen Ärzte/innen, Anwälte/innen, Übersetzer/innen, EDV-Fachleute, ÖBB-Bedienstete, Gastronom/inn/en, Sozialarbeiter/innen ...

- Was ist unsere professionelle Verantwortung und Kompetenz als PlanerInnen angesichts der Herausforderungen?
- Was ist unser Beitrag, um Raum für geflüchtete Menschen und Integration zu schaffen?
- Wie kann eine positive Haltung in der Debatte um geflüchtete und zugewanderte Menschen gestärkt werden?



FOKUS Nachbarschaft und Wohnen

- (1) WOHNBAU
- (2) LEERSTAND
- (3) NUTZUNGSMIX
- (4) FREIRAUM
- (5) MOBILITÄT
- (6) REGIONALE KOOPERATION
- (7) DIALOG PLANUNG & INTEGRATION

(1) Wohnbau

_Neubau

_im Bestand

1.1 Leistbarer Wohnbau, zB Modulare Systeme, Holzbau Sicherung sozialer und baukultureller Qualitätsstandards

Was wird entwickelt?

KONZEPTE	„EGGER Konzepthaus“	„Refugium“
	 niedrig ————— Vorfertigungsgrad ————— hoch	 niedrig ————— Vorfertigungsgrad ————— hoch
	<ul style="list-style-type: none">• ländlich bis kleinstädtisch• durchschn. 12m²/Person• Flexibilität: im Mittelfeld• EG barrierefrei• Gemeinschaftsflächen je nach Auftraggeber• kein Freiraumkonzept• 12 Wochen Bauzeit	<ul style="list-style-type: none">• ländlich bis kleinstädtisch• durchschn. 12m²/Person• Flexibilität: im Mittelfeld• nicht barrierefrei• Gemeinschaftsräume, Hauswirtschaftsräume• kein Freiraumkonzept• 10 W. Bauzeit

Was eignet sich für wen?

EIGNUNG		
		

Was wird entwickelt?

	„Transfer Wohnraum Vorarlberg“	MOSAIK & Kaufmann
	 niedrig ————— Vorfertigungsgrad ————— hoch	 niedrig ————— Vorfertigungsgrad ————— hoch
	<ul style="list-style-type: none">• ländlich bis kleinstädtisch• durchschn. 13m²/Person• Flexibilität: hoch• EG barrierefrei• Gemeinschaftsräume• Garten, Spielplätze, Freiraumkonzept• 8 W. Bauzeit	<ul style="list-style-type: none">• ländlich bis städtisch• durchschn. 15m²/Person• Flexibilität: niedrig• nicht barrierefrei• Gemeinschaftsräume• Garten, Spielplätze, Freiraumkonzept• 4 W. Bauzeit (exkl. Produktion)

Was eignet sich für wen?

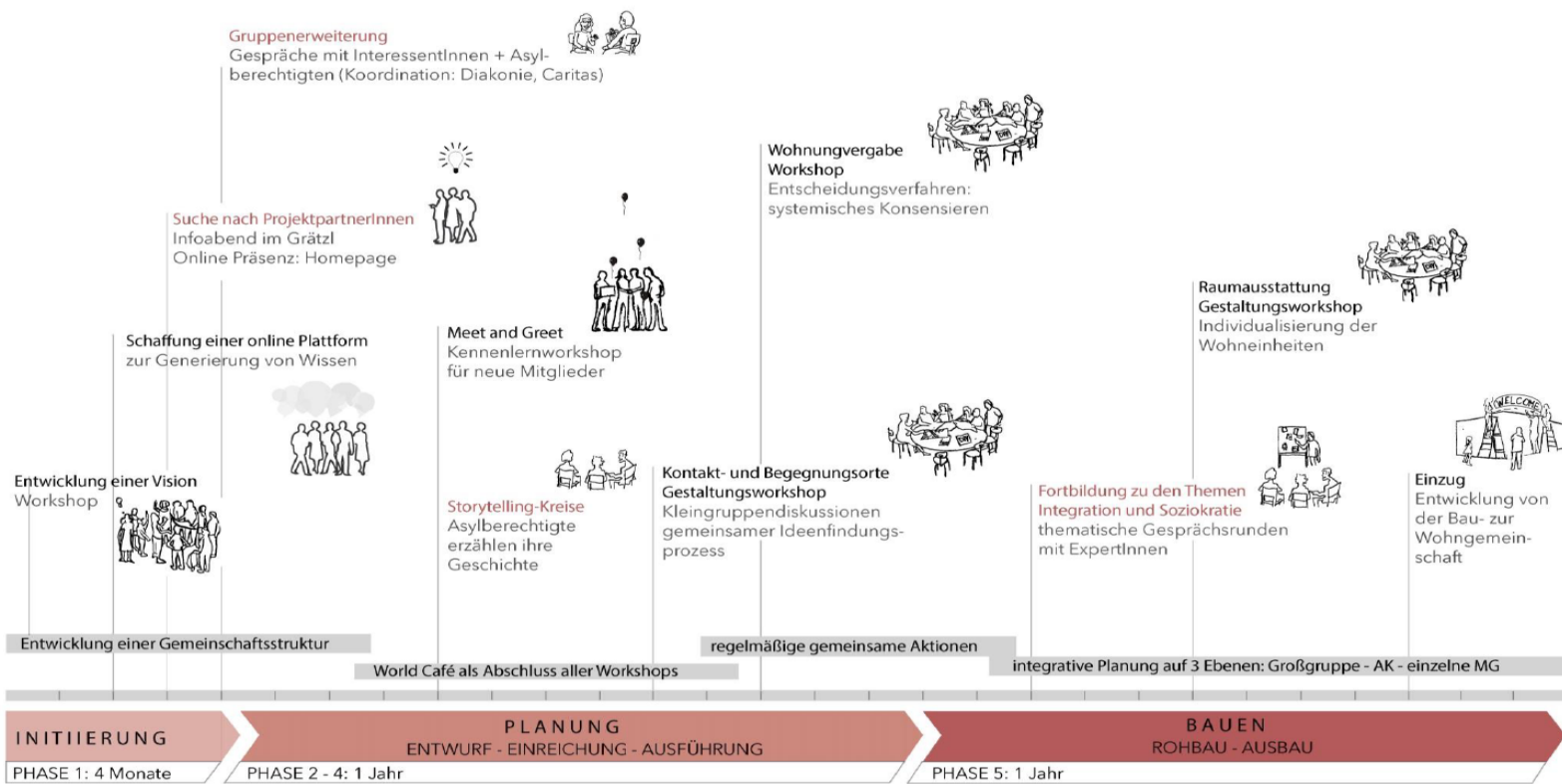
EIGNUNG		
		

1.2 Gemeinsam sanieren



Wahlmodul „Raum4refugees, Sommersemester 2016:
Jessica Keves, Julian Kodrič und Marcel Flamme,
Flowchart zur Arbeit „Leerstandssanierung für und von Geflüchteten“

1.3 Baugruppen, gemeinschaftlich Bauen



Bachelorseminar „Raum4refugees“, Sommersemester 2016,
 Bachelorarbeit von Jessica Keves: „Baugruppen Potential als integratives Modell?
 Untersuchung des integrativen Potentials von gemeinschaftlichen Bau- und
 Wohnprojekten“

(2) Leerstand nutzen

_über 750.000 Wohnungen ohne Hauptwohnsitz (lt. Statistik Austria)

_Stadt- und Ortskerne, Erdgeschoße – „sterbende Orte“, „leer stehende Geschäftslokale“

_Industrie- und Gewerbebrachen

_Verlassene Bauernhöfe, leerstehende Krankenhäuser, Kasernen, Postämter,
 Gemeindeämter, ...

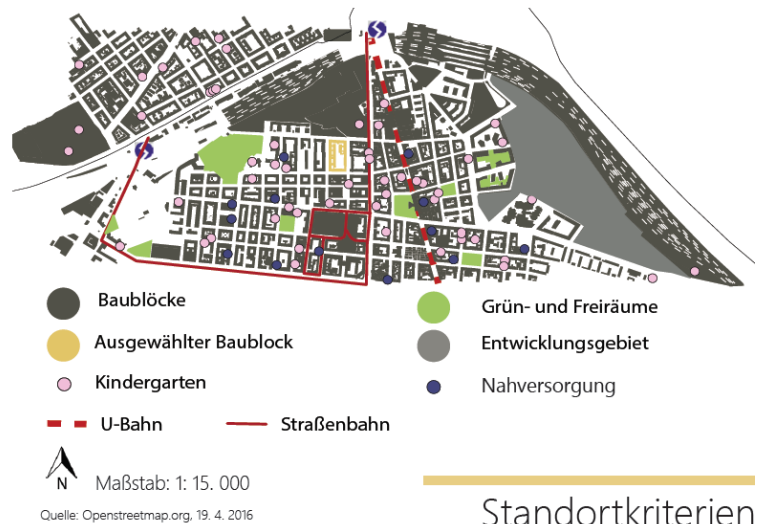
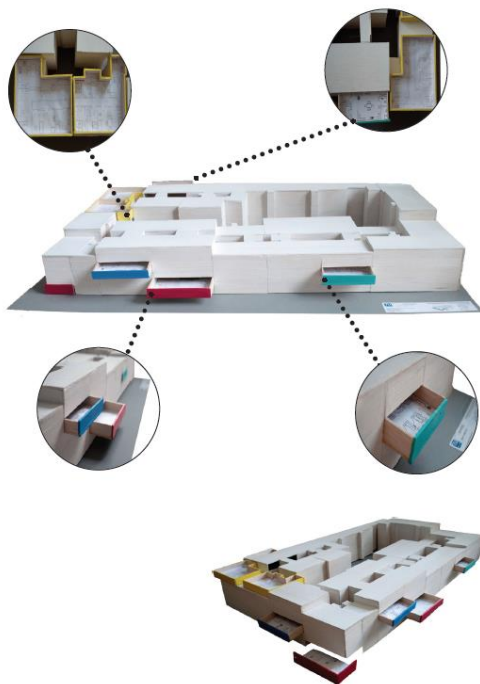
Dimension statistisch nicht ausreichend erfasst

2.1 Leerstand am Land



Haus Sarah in Neudörfel (Burgenland)
Rd. 60 unbegleitete Jugendliche und junge Flüchtlinge

2.2 Leerstand im dicht bebauten Stadtgebiet mit guter Infrastruktur



Standortkriterien

Wahlmodul „Raum4refugees, Sommersemester 2016: Carina Hasitzka, Sovantania Kauv, Katja Kreitner, Katja Schwaigerlehner, Screens der Arbeit „Kleinräumige Wohnformen im Stadtgefüge für Schutzsuchende - Mögliche Potenziale zur Unterbringung von Geflüchteten anhand eines Wohnblocks“

2.3 Leerstand aktivieren

Wohnraum für Flüchtlinge öffnen

26.06.2015



In den letzten Wochen und Monaten haben sich viele Flüchtlinge auf den Weg gemacht, um Krieg, Verfolgung und Folter zu entfliehen. Die vorhandenen Betreuungsstrukturen reichen nicht aus, um alle Ankommenden angemessen unterzubringen und zu versorgen. Wir wollen nicht zusehen, wie Menschen in Zelten oder im vollkommen überfüllten Flüchtlingslager Traiskirchen ausharren müssen.

Kurzfristig werden wir deshalb Räumlichkeiten im „Schützengarten, unserem Treffpunkt für Soziales und Gesundheit“ für 18 Flüchtlinge öffnen. Das ist aber nur eine provisorische Lösung, wir müssen schnellstmöglich dauerhafte Quartiere für die hilfesuchenden Menschen finden.

Besonders schwierig ist die Situation derzeit für syrische Flüchtlinge. Ihnen wird wohl rasch Österreich Asyl zuerkannt, das heißt aber auch, dass sie die Aufnahmeeinrichtungen, die nur während des Asylverfahrens zur Verfügung stehen, wieder verlassen und sich eine Wohnung suchen müssen. Sie sind von akuter Obdachlosigkeit bedroht.



Private leerstehende Wohnungen gesucht

In Lustenau stehen derzeit rund 800 (!) private Wohnungen leer. Wenn wir es schaffen, einen Teil dieses Wohnraums zu vermitteln, wird auch der soziale Wohnbau entlastet. Denn auch viele Lustenauerinnen und Lustenauer brauchen eine günstige Wohnmöglichkeit.

Die 1100 Sozialwohnungen in Lustenau sind alle besetzt und so sind wir dringend auf die **Aktivierung des privaten Leerstandes** angewiesen.

Bitte lassen Sie uns wissen, wenn Sie die Möglichkeit haben, günstigen Wohnraum (bezugsfertig oder gut renovierbar) bereitzustellen! Wir sind erreichbar: Sozialreferat 05577/8181-303.

2.4 Baulandreserven, untergenutzte Flächen

- _Entdichtung, zB von Einfamilienhausgebieten
- _rd. 20-40% Baulandreserven (gewidmetes, nicht genutztes Bauland)
- _Unterausgelastete Infrastrukturen
- _Zunahme der Bodenspekulation



Eignung für temporäre bzw. dauerhafte Wohn- und Mischnutzung



dazu: Prüfen und Gestalten der fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, Boden- und

(3) Nutzungsmix

_in der Wohnung / WG

_im Haus

_im Quartier

_in der Stadt

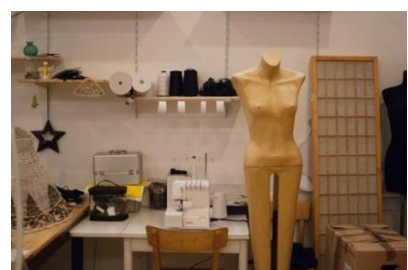
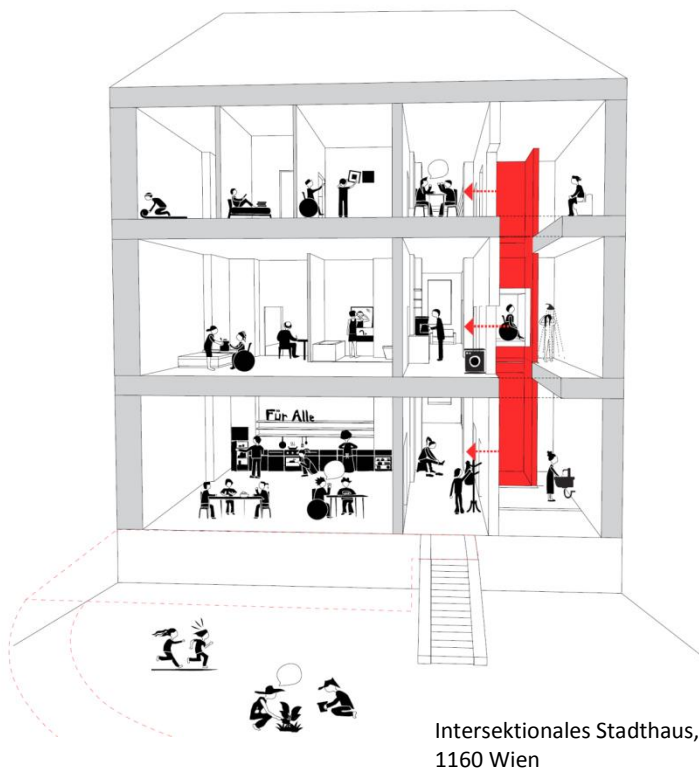
3.1 Mix von Wohnformen, BewohnerInnen

- Wohngemeinschaften
- StudentInnen-Heime



<http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/projekt-wohnheim-fuer-fluechtlinge-und-studenten-in-muenchen-a-1056701.html>

3.2 Flexibilität im Haus



Drei Grundprinzipien

Befriedigung der Bedürfnisse: Die Wohnform soll Möglichkeiten zur Befriedigung aller fünf Bedürfnisse der Bedürfnispyramide bieten.

Soziale Eingliederung: Dies heißt, dass die Zivilgesellschaft möglichst in die Wohnform miteinbezogen werden soll, bzw. Geflüchtete durch die Wohnform Verknüpfungen zur Zivilgesellschaft herstellen können sollen.

Gleichberechtigung: Die Entscheidungen bei der Planung der Wohnform sollen in allen möglichen Feldern auf Gleichberechtigung basieren.



Warum Studierende?

Studierende, die für ihr Studium in eine neue Stadt ziehen, sind wahrscheinlich die den Geflüchteten ähnlichste Gruppe aus unserer regulären Zivilgesellschaft: Auch die zugezogenen Studierenden fangen quasi ein neues Leben an, sie haben oft schwache oder keine bestehenden sozialen Netzwerke in der Stadt, sie sind jung und motiviert und sie haben oft wenig finanzielle Mittel und brauchen deshalb leistbaren Wohnraum. Dazu kommt die wichtige Tatsache, dass Studierende „Heimen“ als Wohnform offen sind und auch Geflüchteten gegenüber (relativ zur älteren Bevölkerung gesehen) offener sind.

Welche Geflüchteten?

Das Heim eignet sich nicht für alle Menschen im Asylverfahren. Die geflüchteten BewohnerInnen sollten im ungefähr gleichen Alter wie die Studierenden sein, das heißt ungefähr 18-25 Jahre. Die Geflüchteten sollten die Wohnform selber bewusst gewählt haben, denn die Wohnform wird nicht unbedingt die Geflüchteten ansprechen. Weiters müsste mit einem psychologischen Gutachten bestätigt worden sein, dass die BewohnerInnen nicht an schweren Traumata bzw. unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Die Geflüchteten sollten auch keine ansteckenden oder behandlungsintensiven Krankheiten aufweisen.

Referenzbeispiele

Ein beispielhafter Idealtypus von einem Heim

Integrationsprojekt Kistlerhofstraße



Das umgebaute Bürogebäude in der Kistlerhofstraße in München beherbergt nun 51 ungefähr 1-20 Jahre alte Menschen im Asylverfahren, die als „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ nach Deutschland gekommen sind, zusammen mit 42 deutschen Student_innen. Für das Erdgeschoss ist ein Bistro im Zusammenhang mit einer Großküche als Lieferdienst geplant. Somit wird das Heim auch zu einem neuen Treffpunkt für die Nachbarschaft.

Heim Hawi



Das Hawi im 10. Wiener Gemeindebezirk ist zuerst am Entstehen. Das Hawi befindet sich im 4. und 5. Geschoss eines (ehemaligen) Bürogebäudes, dessen andere Stockwerke andere Nutzungen aufweisen. Hierarchisch wird auch vor allem der schöne Vorgarten von vielen Besucher_innen beliebt. Zu den schönsten Jahreszeiten wird sich hier ein guter Ort zum Austausch anbieten. Eine Werkstatt ist in Planung und die Bewohner_innen können diese Werkstatt (gegen kleine Gegenleistungen) dann auch benutzen.

vinzirast mittendrin



Vinzirast mittendrin ist ein Heim im 9. Wiener Gemeindebezirk. In dem Studierende mit ehemals Obdachlosen zusammen wohnen. Im Erdgeschoss befindet sich das „Lokal mittendrin“, in dem nur ehrenamtlich zugute der Vinzgemeinschaft gearbeitet wird. Das Heim hat auch einen vermietbaren Veranstaltungsraum, der das Projekt querfnanziert.

magdas hotel



Magdas hotel ist wirklich ein Hotel, aber im Hotel wohnen auch Menschen im Asylverfahren. Magdas Hotel verfügt im Erdgeschoss über ein Cafeteria, die im Zusammenhang mit einer angenehmen Wohnatmosphäre, die zum Austausch anregt. Menschen mit positiven Asylschicksal können hier arbeiten und Menschen im Asylverfahren können hier Ausbildungsplätze belegen!



Das Heim soll einen Mehrwert für die Nachbarschaft erzeugen. Durch verschiedene Angebote werden Neugierige in das Heim gelockt, somit werden Ängste gelockert und die mehrheitliche Akzeptanz des Heimes gesichert. Ein Dialog wird angeregt.

Auf dem Dachgeschoss des Heimes könnte ein Nachbargarten entstehen. Ein Teil der Beete würde den BewohnerInnen und ein Teil der Beete der Nachbarschaft vergeben werden. Somit wird ein bestimmter Teil der Nachbarschaft nachhaltig in das Projekt eingebunden.

Die gelben Flächen markieren Wohnflächen von den BewohnerInnen. Von der Fläche her können diese bei einer konkreten Planung deutlich mehr in Anspruch nehmen - der Idealtypus öffnet dem Vorstellen von vielen möglichen Modulen. Im Erdgeschoss befindet sich ein Eingang, den nur die BewohnerInnen nutzen können, damit das Durchqueren des Lobbyzimmers (Nikts) kein Zwang wird.

Eine Küche im Zusammenhang mit einem Gemeinschaftsraum dienen als Wohnzimmer und Begegnungsort für die BewohnerInnen.

Ein Lernraum bietet eine ruhige Atmosphäre für das (gemeinsame) Lernen und Studieren. Ein vermietbarer Veranstaltungsraum könnte das Heim querfnanzieren, Platz für diverse heiminterne Veranstaltungen bieten und bei Nichtbelegung als weiterer Lernraum zur Verfügung stehen.

Dieses Modul kann verschiedene gewerbliche Nutzungen aufweisen, um NutzerInnen von außerhalb des Heimes in das Lobbywohnzimmer zu locken. Zum Beispiel könnte es ein Fitness Center sein, das auch die BewohnerInnen nutzen dürfen.

Im Restaurant oder Caféhaus können Geflüchtete (und Studierende) ehrenamtlich arbeiten und mit ihrem Beitrag helfen, das Heim querfnanzieren. Einerseits bietet das den Geflüchteten eine bedeutunggebende Beschäftigung, andererseits ermöglicht dies den Kontakt mit den Gästen des Lokals. Dies kann beim Abbau von Vorurteilen helfen.

Das „Lobbywohnzimmer“ ist ein informeller Begegnungsort für die BewohnerInnen und die BesucherInnen. Ein Besuch z.B. mit Kulturangebot (Ausstellungen, Veranstaltungen, ...) sowie Konsumangebot (Cafébarausgabe vom Restaurant aus) legitimiert werden. Indem das Wohnzimmer als eine Art „Lobby“ mit z.B. einem Fitness Center gestellt wird, werden die NutzerInnen des gewerblichen Angebotes ebenso miteinbezogen. Dies sind die Hemmschwelle eines Besuches noch etwas weiter.

Umfrageergebnisse

stimme sehr zu
stimme eher zu
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

„Wenn es bei den Eingängen von Flüchtlingsheimen eine Art „Wohnzimmer“ gäbe, das auch für BesucherInnen frei nutzbar wäre, würde ich es an und für sich gerne besuchen.“



„Für mich würden Kulturmöglichkeiten wie zum Beispiel eine Kunst- oder Fotoausstellung den Besuch solcher eines „Wohnzimmers“ legitimieren.“



„Wenn es ein Restaurant oder Caféhaus in meiner Wohnumgebung gäbe, in dem Flüchtlinge arbeiten würden, würde ich es gerne einmal besuchen.“



„Ich könnte mir theoretisch schon vorstellen in so einem Heim (in dem Geflüchtete und Studierende wohnen) zu wohnen.“



Bachelorseminar „Raum4Refugees“, Sommersemester 2016,
Bachelorarbeit von Marco Mirzaiyan-Tafty:
„Geflüchtete + Studierende = Integration?“

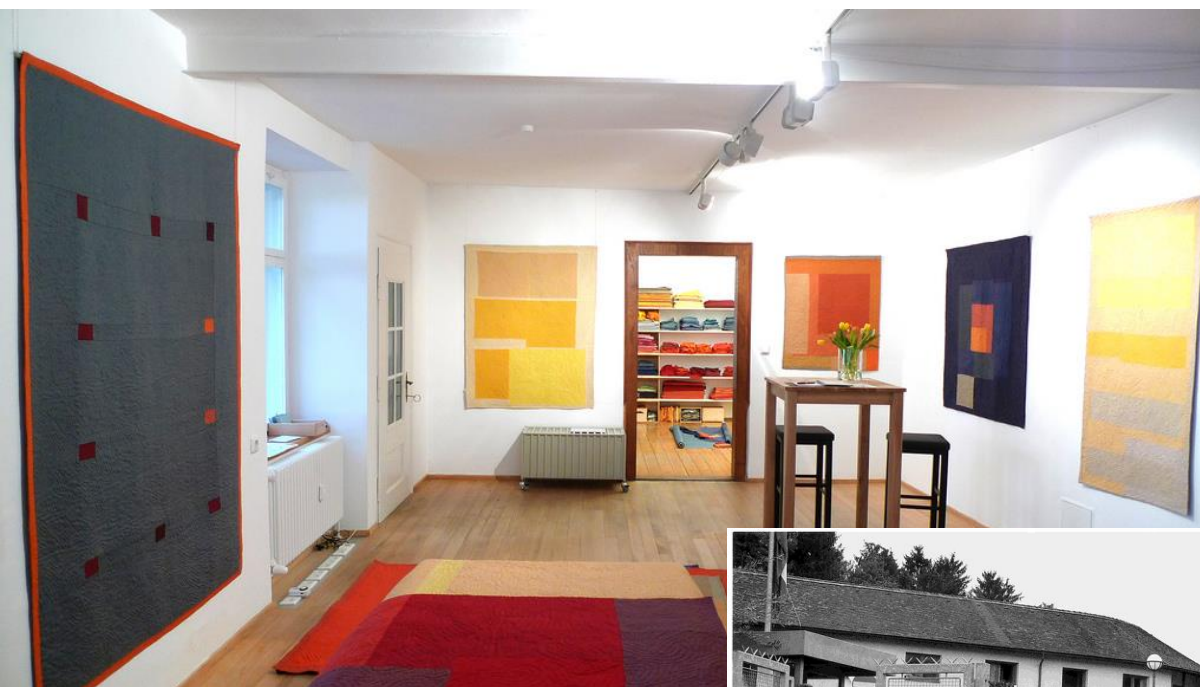
3.3 Arbeiten



Die Kattunfabrik schneidert Solidarität

180 Stunden dauert das Programm für Menschen, die in den Arbeitsalltag als Schneider oder Schneiderin (zurück-) finden möchten. Am Ende wird man noch auf Bewerbungen und Vorstellungsgespräche vorbereitet.

Mitten in der Innenstadt von St. Pölten.
Innenhof – Durchgang
Innenentwicklung



Bosna Quilt Werkstatt
 1993 Flüchtlingsheim Galina in Vorarlberg,
 heute Quilt Werkstatt Bregenz - Goražde



(4) Freiraum



4.1 Freiraum – drinnen und draußen

Mehrwert für's Grätzel

- _gemeinsamer Freiraum
- _Reparaturwerkstatt, Werkraum
- _Begegnungsort, Café, Fitnessraum, ...
- _Gemeinschaftsgarten

...



Willkommenscafé Mureck



Gemeinschaftsgarten Mureck

<https://www.facebook.com/willkommeninmureck>

4.2 Beteiligungsprozesse



Foto: stadtland



Agendaforum Liesing „DialogKultur in neuen Stadtteilen“

Im Rahmen von Workshops, geleitet von Agendagruppen und lokalen Initiativen, wurden einen Tag lang unterschiedliche Dialogformen erprobt. Gemeinsam wurde diskutiert und geplaudert, gegartelt, getanzt und gesungen, gemalt, ein Gedicht in vielen Sprachen gelesen, gekocht und „Dialogmöbel“ entworfen.

PROZESS

Neben den Dialogmöbeln selbst, wird auch der **Entwurfs- und Bauprozess zur Plattform für Austausch und Kommunikation.** Neue MitbürgerInnen, NachbarInnen und engagierte BürgerInnen sind von Beginn an in das Projekt mit eingebunden. Gemeinsam entwerfen, planen, bauen und nutzen wir Dialogmöbel für den Begegnungsort Ziedlergasse.

Entwerfen

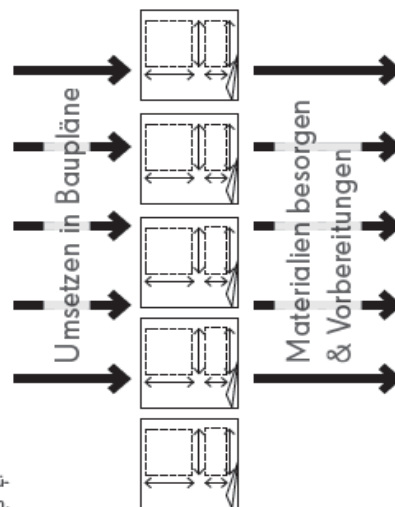
ein-tägig

Bei einer eintägigen Entwurfswerkstatt, geht es darum die Bedürfnisse der BewohnerInnen zu erfassen, erste Kontakte aufzubauen und die Identifikation mit dem Projekt zu stärken.



Übersetzen

Vor der Bauwerkstatt werden die Entwürfe in Baupläne übersetzt und Materialien besorgt.



In Gruppen sollen entsprechend unterschiedlicher Nutzungsansprüche (zBsp. Sitzen, Feriern, Spielen, Grün, Schattenspende, ...) Möbel entworfen werden.

Bauen

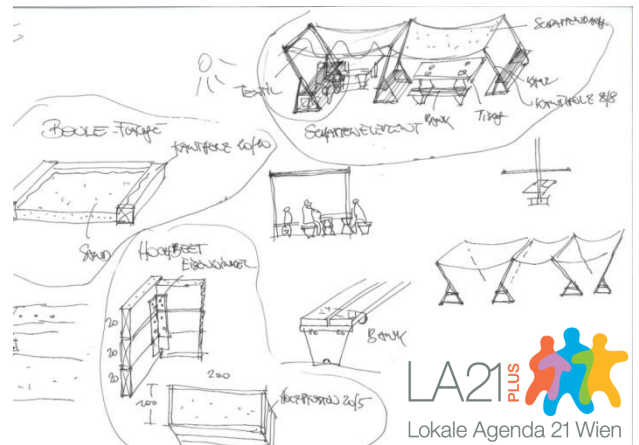
zwei-tägig

Innerhalb von zwei Tagen sollen die Möbel gemeinsam mit den Asylsuchenden und engagierten BürgerInnen gebaut werden.





Lokale Agenda Liesing
Grätzeloase Ziedlergasse
„Dialogmöbel“ entwerfen und bauen



Fotos: stadtland



(5) Mobilität



5.1 Mobilität vor Ort und in der Region

ohne eigenem Auto,
regionale ÖV-Angebote inkl. Tarifgestaltung,
Fußwege, Radfahren,
Micro-Mobilität:

- Ortsbus
- Anrufsammeltaxi
- Fahrgemeinschaften
- Mitfahrgemeinschaften



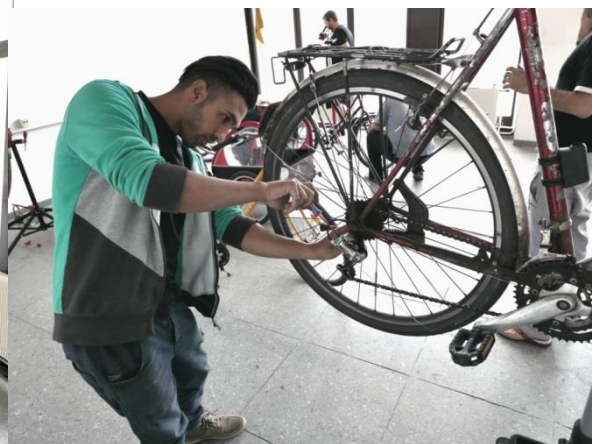
Mitfahr-App, zB flinc.org
Gratismitfahrten
für Flüchtlinge



Dolmus

Anrufsammeltaxi
Gmoa-Bus

5.2 Radfahren



BIKES 4 REFUGEES
IN LIESING



Fotos: stadthand

5.3 Wege der Kinder



Hallo, mein Name ist Mia.
Möchtest du mich auf meinem Schulweg begleiten?

السلام عليكم، اسمي ميا، هل تستطيعين أن تساعدني في الذهاب الي المدرسة؟

سلام، اسم من ميا است. مي تواني من را در راه رفتن به مدرسه کمک کنی؟

Ich bin Marie, der Verkehrskäfer.
Mit meinen Tipps kommst du sicher zur Schule.

أنا ماري، رائد المرور. و انت تذهبين الي المدرسة مع ارشادي سليماً.

من ماري راهنمای راهنمایی و رانندگی هستم. با راهنمایی من، تو سالم به مدرسه میروی.



Wahlmodul „Raum4refugees, Sommersemester 2016:
Mina Chamraci, Christopher Karl, Stefanie Kristen.
Illustrationen der Arbeit „Integration und Einbindung ins
Stadtgefüge im Volksschulalter“

(6) Regionale Kooperation





IMWALGAU

16 Gemeinden (Regio plus Bludenz und Brand) haben eine gemeinsame Fachstelle für Integration eingerichtet



Erfahrungsaustausch
"Flüchtlinge und Lehre" – Lehre im Walgau



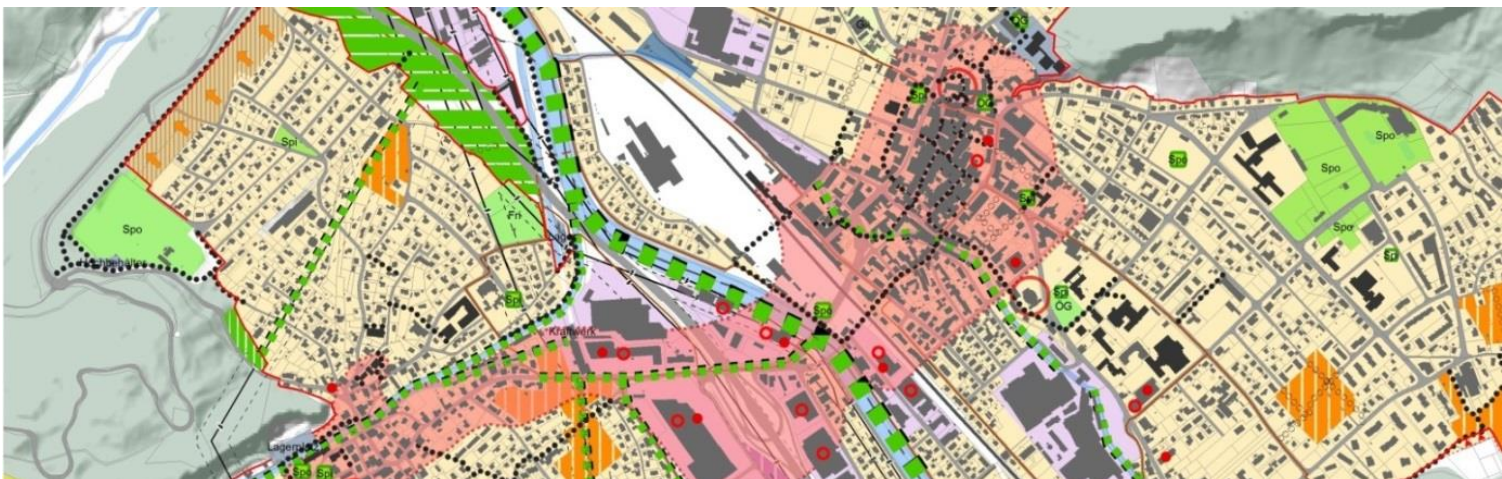
Proaktive Willkommenskultur,
zB Nenzing-Heimat



Gaisbühel – 100 Flüchtlinge
zB Kleiderstube Walgau



(7) Dialog Planung & Integration



7.1 Planungsinstrumente

- Aktive Einbindung des Themenkreises Asyl und Integration
_in kommunale und regionale Entwicklungsprozesse (Städte, Gemeinden, Regionalverbände) – Räumliches Entwicklungskonzept
_und die Landesentwicklungsplanung (im Rahmen LEP /eigenes Sachprogramm)
- Standortbeurteilung für
_Wohnquartiere, Infrastrukturen (räumliche Integration, Erreichbarkeit)
_geeigneter Beschäftigungs- und Bildungsangebote
- Neue Widmungskategorien für kostengünstige Startwohnungen für sozial schwache Wohnungssuchende (Ortsansässige eingeschlossen)
- Aufzeigen kommunal- und regionalwirtschaftlicher Effekte
- Mehrwerte schaffen und aufzeigen

7.2 Bewusstseinsbildung, gemeinsame Wahrnehmung



7.3 Wissen teilen



Publikationen der Fachabteilungen
für Raumplanung und der Planungsschulen

Raum4Refugees

- bringt Flucht und Integration im Planungsalltag aktiv auf die Tagesordnung
- bietet ein kostenfreies Beratungsangebot für Gemeinden, Regionen, Vereine und Institutionen
- teilt Erfahrungen und Wissen in einem lernenden Prozess

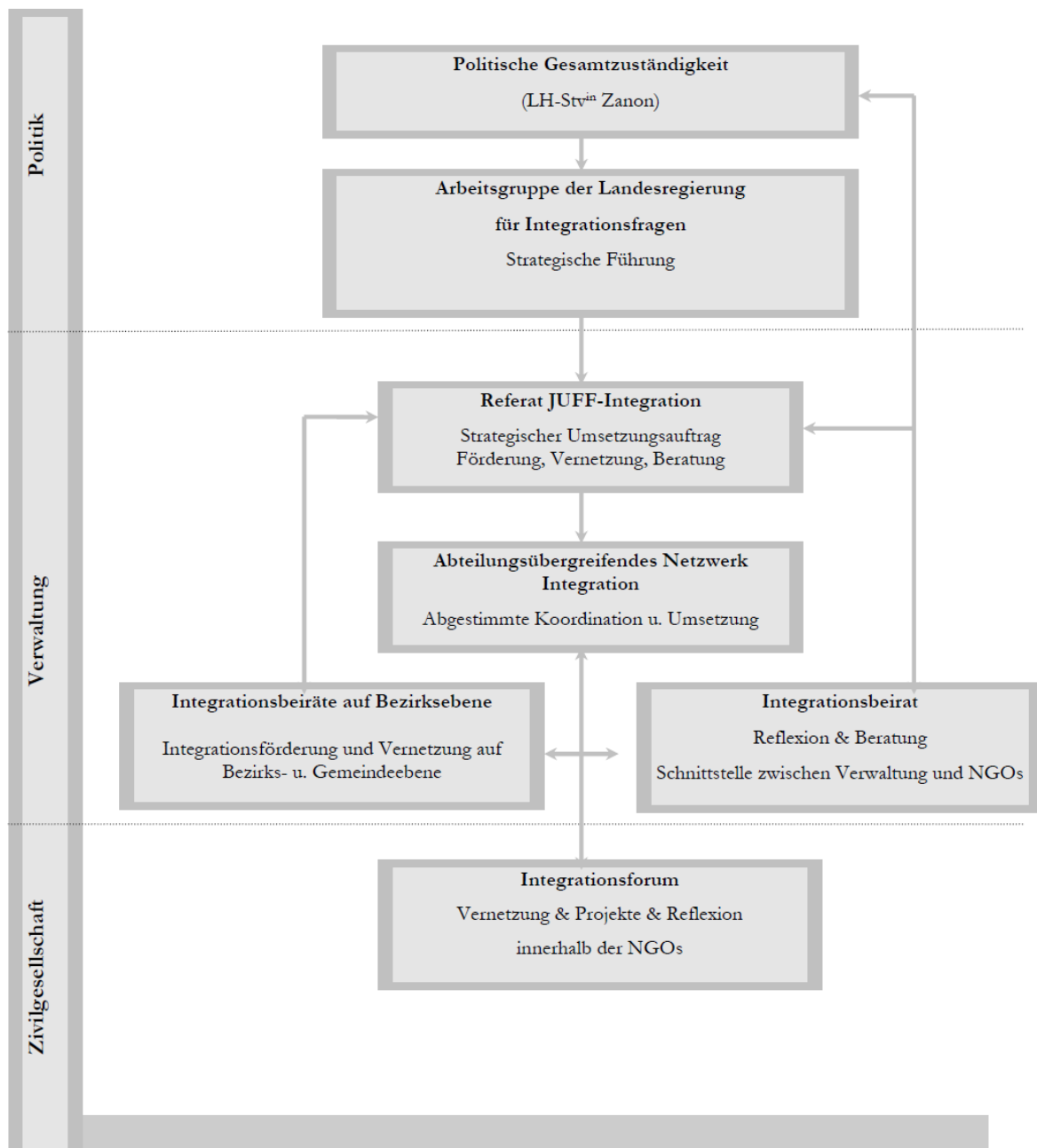
4.3 Kommunale Integration

DI Peter Warbanoff, Mag.a Kirsten Mayr, Kommunale IntegrationskoordinatorInnen

Integrationskonzept

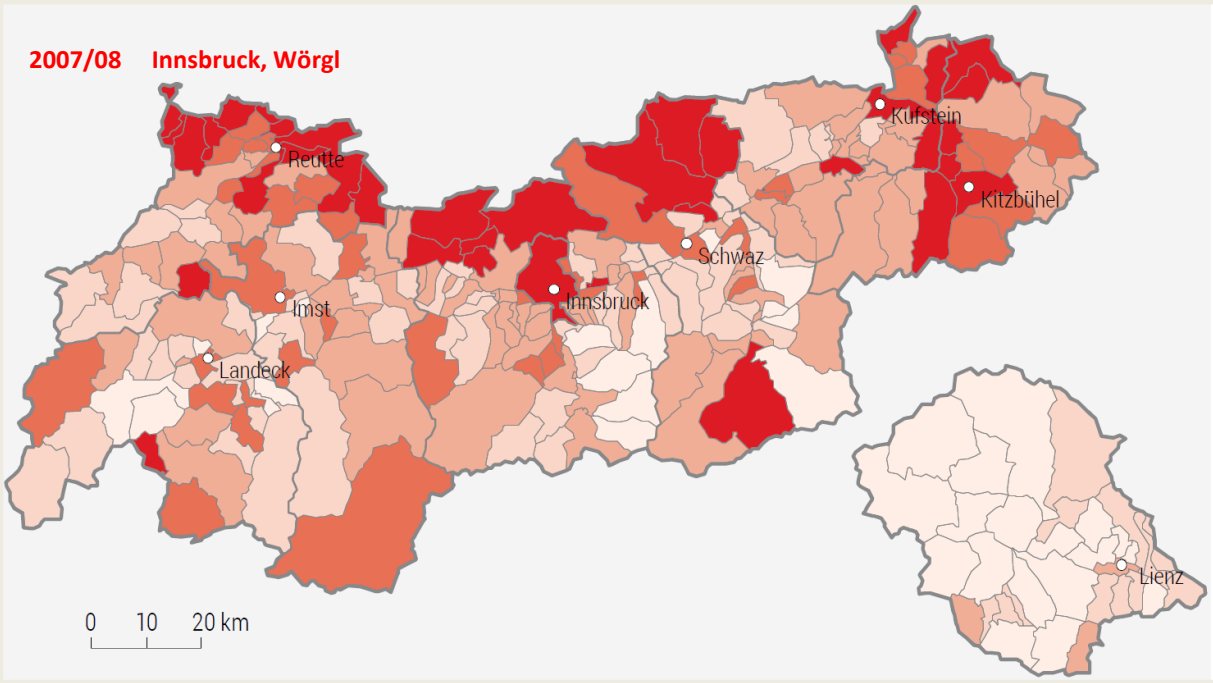
Land Tirol

2006

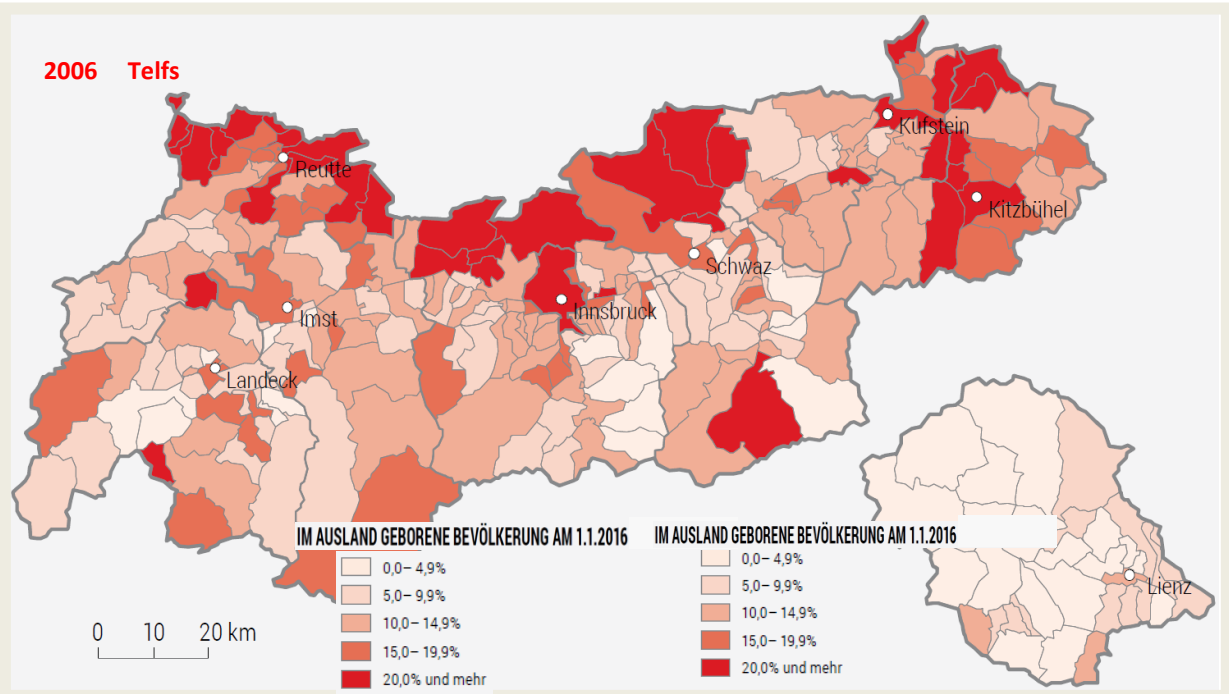


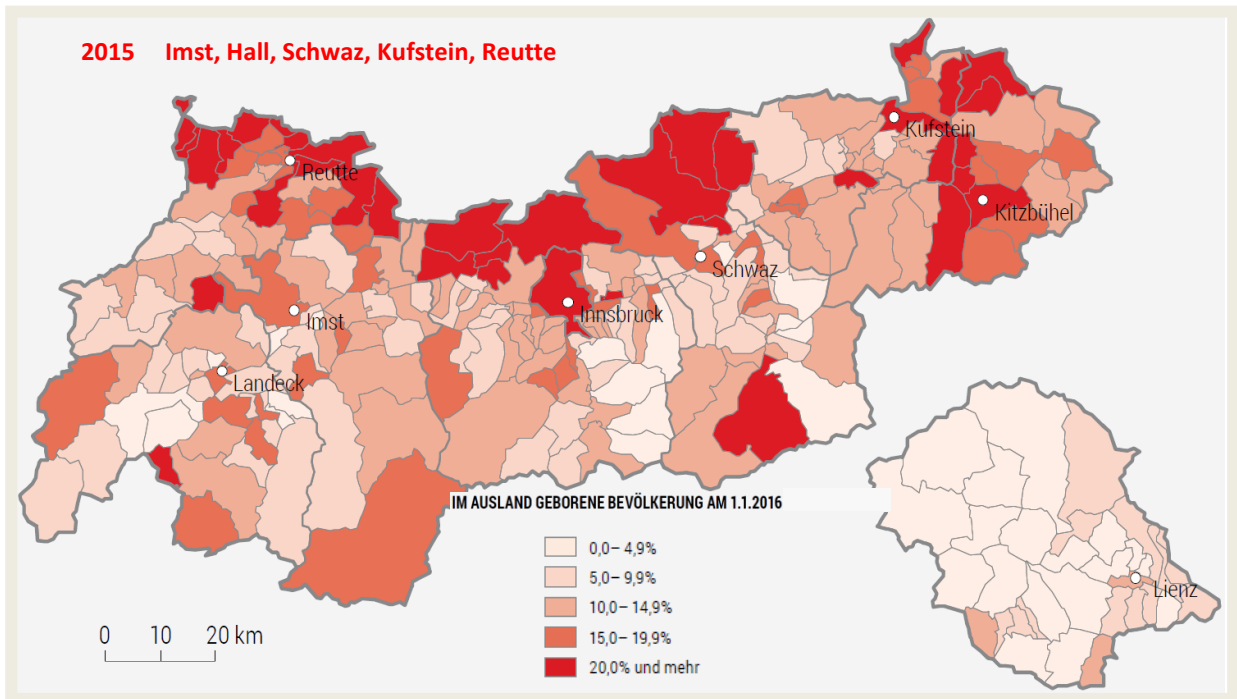
Fachstellen für Integration auf kommunaler Ebene

2007/08 Innsbruck, Wörgl



2006 Telfs





2014/15

**„Druck“ wächst aufgrund erhöhter
Zuwanderung...**





Landesrätin Dr.in Christine Baur

Lt. Verteiler

Per E-Mail

Dr.in Christine Baur

Telefon +43 512 508 2070

Fax +43 512 508 742075

buero.lr.baur@tirol.gv.at

DVR:0059463

UID: ATU36970505

Integration auf kommunaler Ebene

Geschäftszahl FBI/46-2014

Innsbruck, 10.09.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister/Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit einigen Jahren treffen sich VertreterInnen von größeren Tiroler Kommunen beim Vernetzungstreffen der kommunalen Integrationsbeauftragten, um ihre Erfahrungen auszutauschen und sich Impulse zu interessanten Themen in Zusammenhang mit der Integration MIT Zugewanderten zu holen. Die Bedeutung einer gezielten Arbeit für die Integration MIT Zugewanderten auf kommunaler Ebene im Sinne eines guten und konstruktiven Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen ist dabei offenkundig geworden.

Gleichzeitig haben die Erfahrungen aus diesen Treffen bzw. aus den verschiedenen Kommunen gezeigt, dass sich **die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene deutlich besser und nachhaltiger entwickeln kann, wenn es klare Zuständigkeiten dafür sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene gibt.**

In vielen Kommunen fehlen noch adäquate Strukturen, um einen möglichst breit angelegten partizipativen Prozess für ein MITEinander in der Gemeinde zu organisieren, zu koordinieren und zu moderieren. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich mich entschlossen, **Kommunen gezielt dabei zu unterstützen, entsprechende Strukturen für eine möglichst effiziente Integrationsarbeit zu etablieren.**

Eine Voraussetzung dafür ist, dass für die jeweilige Integrationsstruktur und ihre Aktivitäten ein inhaltliches Konzept entwickelt wird (Organisationsstruktur, Strategie, Aktionsplan, etc.). Deshalb finanziert das Land Tirol die Kosten für die Erarbeitung dieses Konzeptes gemeinsam

mit der/m Integrationsverantwortlichen, den politischen EntscheidungsträgerInnen und relevanten AkteurInnen vor Ort. Die Begleitung übernimmt ein Prozessmoderator mit viel

praktischer Erfahrung in der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene und in der Gestaltung von Entwicklungsprozessen. Das dabei erarbeitete Konzept soll einen klaren Fahrplan für die weiteren Schritte innerhalb der Kommune beinhalten sowie eine Beratung des/r Integrationsverantwortlichen bei ersten Strategieentscheidungen und Maßnahmen.

Wenn von der Kommune eine weitere Begleitung durch den externen Berater in Anspruch genommen wird kann das Land dies mit einem Kostenbeitrag unterstützen.

Auch für die Anstellung eines/r Integrationsbeauftragten kann das Land einen Beitrag leisten.

Die Kostenübernahme für die Erstellung des Konzeptes und das Coaching für die ersten Schritte ist fix, die Höhe der weiteren Förderungen ist im Einzelfall festzusetzen.

Ich hoffe, Sie damit dafür interessieren zu können, sich in diesem wichtigen Bereich des Zusammenlebens in der Kommune verstärkt zu engagieren und bitte bei Interesse um Kontaktaufnahme mit dem JUFF-Fachbereich Integration: Mag. Johann Gstir, juff.integration@tirol.gv.at, Tel. 0512 508 3551.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.ⁱⁿ Christine Baur

Landesrätin für Frauen, Integration, Kinder- und Jugendhilfe, Soziales und Staatsbürgerschaft



IntegrationskoordinatorInnen, Herbst 2015

Foto: Land
Tirol/Reichkenderl

Strukturen & Modelle

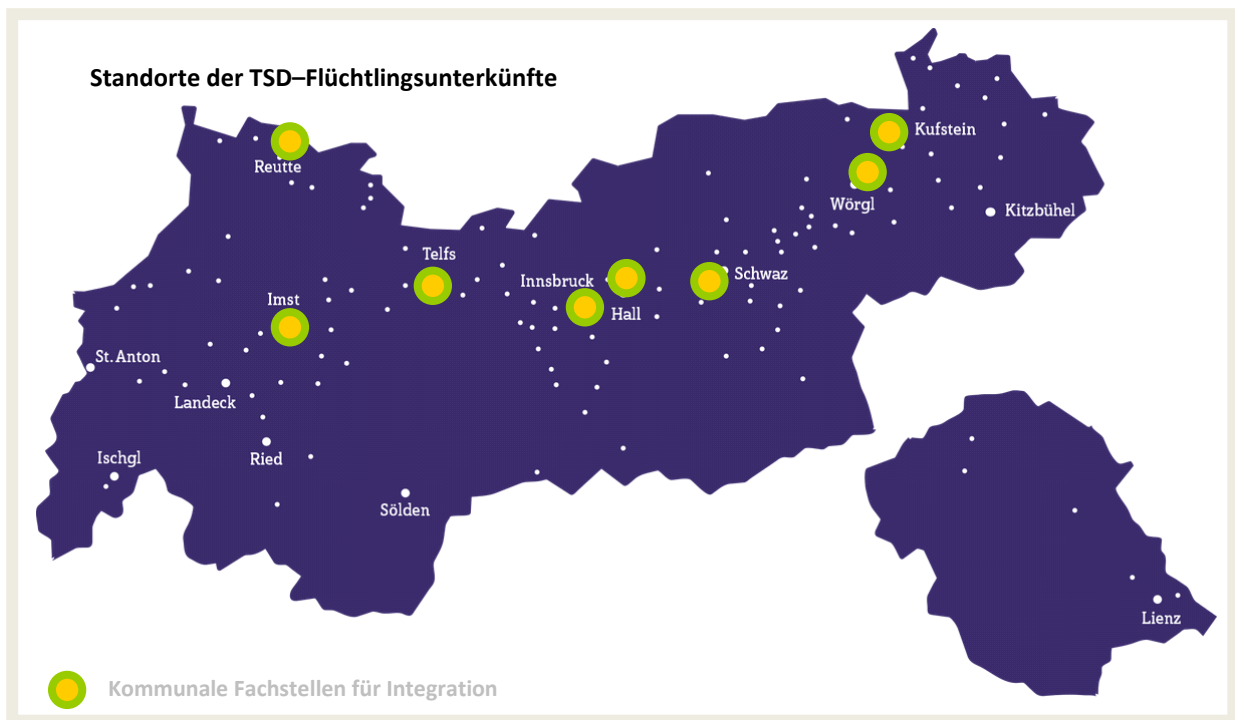
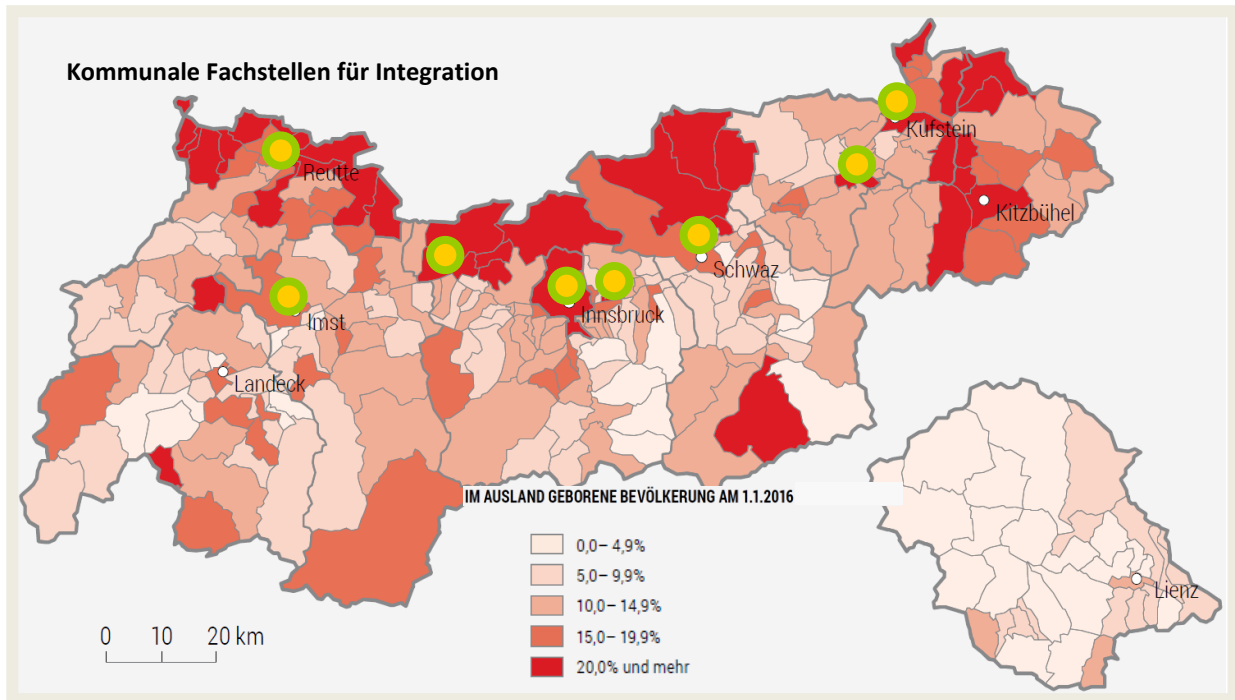
- Teil der Verwaltung – z.B. Telfs, Innsbruck, Kufstein...
- ausgelagert in Verein – z.B. Wörgl, Hall
- für eine Gemeinde bzw. Stadt
- für eine Region – z.B. komm!unity für PV 29

Aufgaben

- Orientierungshilfe & Beratung
- Vernetzung & Koordination
- Information & Bewusstseinsbildung
- Gremienarbeit und Vertretung der Gemeinde

Herausforderungen

- komplexe Themenvielfalt vs. Durchblick bewahren
- wachsende Anforderungen vs. stabile Ressourcen
- Flüchtlinge vs. MigrantInnen
- Stadt vs. Regionen



- Zuständige auch in ländlichen Regionen
- Inter-kommunale Kooperationen
- Regionalisierung von Angeboten
- Optimierung der Betreuung von Ehrenamtlichen
- Mehr Begegnungsmöglichkeiten
- Vom „Ausländerthema“ zur Gemeinwesenentwicklung

Integration in Gemeinden und Städten

Integration geschieht dort, wo Menschen zusammenkommen – also speziell auf der Ebene von Gemeinden und Städten bzw. Stadtteilen. Vor allem größere Tiroler Kommunen mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte setzen schon seit längerem verschiedenste Aktivitäten, meistens im Bereich der Bildung und der Förderung zum Erwerb der deutschen Sprache. Vereinzelt haben Gemeinden auch Integrationsfachstellen zur Koordination der Integrationsbemühungen eingerichtet. Im Interesse einer kontinuierlichen Entwicklung der Integration auf kommunaler Ebene unterstützt das Land Tirol seit dem Jahr 2015 dies noch stärker. IntegrationskoordinatorInnen gibt es in Innsbruck, Telfs, Wörgl, Imst, Reutte, Kufstein, Hall und Schwaz.

Zusätzlich wird den Gemeinden auch ein Coaching angeboten, um eine hohe Qualität der Integrationsarbeit zu gewährleisten. Dazu gehört die Unterstützung bei der Besetzung der Stelle, bei der Analyse der Ausgangssituation und der Entwicklung eines Integrationskonzeptes sowie bei der Umsetzung der ersten Maßnahmen. Damit wird auch sichergestellt, dass jede Gemeinde eine Integrationspolitik verfolgt, die dem Integrationskonzept des Landes entspricht und gleichzeitig auf die Gegebenheiten in der Gemeinde Bezug nimmt.

Regelmäßige vom Fachbereich Integration des Landes vorbereitete Vernetzungstreffen der IntegrationskoordinatorInnen sorgen für inhaltliche Impulse sowie den wichtigen Erfahrungsaustausch. Gleichzeitig dienen sie als Plattform für die Entwicklung von Kooperationen. Auch wenn das Integrationsverständnis und damit die Ziele der Gemeinden ähnlich sind, gibt es doch unterschiedliche Wege, die Integrationsarbeit vor Ort zu gestalten.

Innsbruck: Bewusstsein bilden



Vielfalt ist schon jetzt gelebte, urbane Realität und betrifft alle Bereiche des kommunalen Lebens. „Heimat ist keine Sache des Blutes und des Geburtsorts, sondern ist dort, wo man sich respektiert, akzeptiert und geborgen fühlt“, schrieb ein Innsbrucker Schüler in einem Literaturbeitrag zum Projekt „Wer bist Du?“.

Dieses Projekt der Integrationsstelle ist eine von vielen Maßnahmen, mit denen die Stadt dazu beitragen will, das gegenseitige Kennenlernen zu fördern und dadurch Vorurteile abzubauen. Auch thematische Stadtspaziergänge, Vorträge, Ausstellungen, Fortbildungen und Diskussionsrunden sind Bestandteile der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung. Denn: „Wir alle sind Stadt, sind BürgerInnen mit gleichen Rechten und Pflichten. Je mehr wir wissen und verstehen, desto leichter ist es, dem Anderen zu akzeptieren und sich nicht davor zu fürchten, dass der Andere eben anders ist“, meint Nicola Köfler, Leiterin der Integrationsstelle in Innsbruck.

Imst: Zeichen setzen



„Das Integrationsbüro Imst ist ein lebendiger Ort, an dem viel diskutiert, ausgetauscht, beraten, gelernt und entwickelt wird“, beschreibt Kirsten Mayr ihre Arbeit als Integrationsbeauftragte der Stadt Imst.

Seit der Gründung im März 2015 fanden bereits etliche Aktionen statt. Die Ausstellung „Flüchtlinge in Imst“ nahm auf die Zahlen und Fakten der Asylwerber und Asylwerberinnen in Imst Bezug. Gemeinsam mit Zugewanderten wurde außerdem eine Kräuterspirale am Themenweg des SOS Kinderdorfes von Ubuntu errichtet, um ein Zeichen für Migration und Integration zu setzen. Menschen, die ihren Boden verlassen mussten, haben hier ein Stück Boden bekommen, um etwas anzupflanzen, zu hegen und zu pflegen.

Telfs: Sprache fördern



In Telfs bemühen sich die Fachstelle für Diversität und Integration der Marktgemeinde sowie Sozial- und Bildungseinrichtungen bestmöglich, das so breite Feld der „Integration“ zu bedienen. Ein Schwerpunkt wird dabei aktuell auf die Kindergärten und Pflichtschulen gelegt:

Die Telfer Kindergärten haben mit dem neuen Konzept „Eine Schatztruhe voller Wissen“ fünf neue Sprachförderpädagoginnen sowie fünf zusätzliche bilinguale AssistentInnen ins Boot geholt und können damit die Förderung der Kinder weiter optimieren. Mit dem Interviewprojekt „Alte Neue TeiferInnen“ wurden außerdem für das Gemeindearchiv unterschiedlichste Migrationsbiografien gesammelt. „Mit dem gleichnamigen Buch, das im Frühjahr 2016 erscheint, werden die Erinnerungserzählungen sehr unterschiedlicher Menschen sowie ihre spannenden Anekdoten und Perspektiven auch der breiten interessierten Bevölkerung zugänglich gemacht“, berichtet Edith Hessenberger, Integrationsbeauftragte in Telfs. Migrationsgeschichte als Teil der Ortsgeschichte anzusehen und eine gemeinsame Geschichte aufzuzeigen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation und Anerkennung von Zugewanderten.

Wörgl: Potentiale entfalten



Integration von Zugewanderten wird in Wörgl als Querschnittsthema umgesetzt und ist als Fachbereich im Verein community angesiedelt. Im Sinne einer inklusiven Grundhaltung werden MigrantInnen und ihre Bedarfe bei allen Einrichtungen, Angeboten und Projekten von community selbstverständlich mitberücksichtigt.

Peter Warbanoff, Integrationsbeauftragter der Stadt Wörgl: „Wir sehen uns als Anlauf-, Informations- und Koordinationsstelle und versuchen dabei, mit möglichst vielen PartnerInnen Projekte und Initiativen für ein Miteinander umzusetzen“. In den Jahren 2014 – 2015 lag ein Schwerpunkt auf dem Projekt Energie- und Integrationsförderung. Dieses Projekt widmet sich dem Phänomen der Wechselwirkung zwischen Armut und Energiekosten und bietet betroffenen Haushalten konkrete Unterstützungsleistungen. Dazu wurden 19 ehrenamtliche, mehrsprachige EnergiesparhelferInnen ausgebildet, die armutsgefährdete Familien vor Ort in ihren Wohnungen kostenlos, kultursensibel und bei Bedarf in mehreren Muttersprachen beraten, wie sie energieeffizienter leben und damit Geld einsparen können.

Reutte: Strukturen verbessern



Neue Einflüsse und das zunächst Fremde sollte man als Chance begreifen. Dementsprechend sollen auch in Reutte gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen geschaffen werden, die offen sind für Vielfalt und Differenz.

Der Bildungschancengleichheit von Kindern und Jugendlichen mit nicht deutscher Familiensprache kommt hier ganz besondere Bedeutung zu. Daraus ergeben sich in Reutte zur Zeit folgende Schwerpunkte: Schulentwicklung in Richtung verschränkter Ganztageschule, die Vielfalt und Mehrsprachigkeit besonders berücksichtigt sowie ein Qualitätsprozess in den Kinderbetreuungs-

einrichtungen mit besonderem Augenmerk auf Sprachförderung und Mehrsprachigkeit. „Man muss Strukturverbesserungen anstoßen und fördern und dadurch zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller beitragen. Den Bedarf an Veränderungen erfährt man am besten aus unmittelbarer Begegnung. Ich versuche dementsprechend Menschen konkret zu beraten und zu unterstützen“, erklärt Michael Kurz, Integrationsbeauftragter in Reutte.

Kufstein: Ängste abbauen



Auch in Kufstein versucht man, einen Dialog zwischen den Menschen zu schaffen, um Ängste und Befürchtungen abzubauen. Das soll dazu beitragen, dass sich in der Stadt alle zuhause fühlen und das Zusammenleben aller Kulturen gelingt.

Die Integrationsbeauftragte vor Ort heißt Meral Sevencan. Sie sieht sich in der Rolle der Zuhörerin und der Vermittlerin und möchte ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung haben. „Die vielen Begegnungen mit MigrantInnen und lokalen Vereinen sind mir in meiner Position wichtig. Dadurch kann ich Vertrauen schaffen und dazu beitragen, dass vorhandene Vorurteile Schritt für Schritt abgebaut werden.“

Hall: Zugänge schaffen



Integration als Ermöglichung von Begegnung findet in Hall in vielen Vereinen, privaten Gemeinschaften aber auch Institutionen statt.

Im Verein Mobile Jugend- und Gemeinwesenarbeit gilt Integration als Querschnittsmaterie, welche nun mit der Einrichtung der Stelle der Integrationsbeauftragten für die Stadt Hall noch intensiviert werden soll. Niederschwellige Zugänge sollen die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung des Zusammenlebens ermöglichen. Alex Yagmur-Karsak: „Ich sehe meine Vision als Integrationsbeauftragte darin, Kulturen und Sprachen miteinander zu verschmelzen.“

Schwaz: Heimat sein



Seit Oktober 2015 gibt es mit Günser Han auch in der Stadtgemeinde Schwaz eine Koordinationsstelle für Integration, Migration und Asylwesen.

Zurzeit steht vor allem die Arbeit mit Asylberechtigten im Vordergrund. Die Organisation von Deutschkursen und von gemeinnützigen Tätigkeiten sowie die Koordination von interkulturellen Aktivitäten – zum Beispiel in den Bereichen Sport, Bildung oder Natur – gehören dabei zu den Aufgaben von Frau Han: „Wir wollen die neuen StadtbewohnerInnen unterstützen und allen ermöglichen, Schwaz als ihre Heimat zu sehen.“ Das Thema Sprache soll dabei nicht zu kurz kommen. In der Volksschule gibt es bereits eine gut funktionierende Sprachförderklasse. Auch das ABC-Café soll vor allem Frauen weiterhin die deutsche Sprache näherbringen.



Die kommunalen IntegrationskoordinatorInnen beim Vernetzungstreffen mit Landesrätin Christina Baur

4.4 Zivilgesellschaftliches Engagement

Klara Jetzinger, Konrad Plok und Christine Heller



„Miteinander im Mittelgebirge -
Freundeskreis Flüchtlinge“
ZVR-Zahl 847828207
Plattach 2, 6095 Grinzens
s.marini@miteinander.tirol
www.miteinander.tirol

Die Idee, diesen Verein zu gründen, entstand im September 2015 aufgrund der verheerenden Notlage vieler Menschen auf der Flucht. Die Menschen im Westlichen Mittelgebirge - darunter viele Vertreterinnen der Pfarren, der Gemeinden, der Vereine und engagierte Privatpersonen - taten sich zusammen, um überregional in der Region aktiv zu werden.

Im Dezember 2015 wurde dann offiziell der Verein "MiM Miteinander im Mittelgebirge - Freundeskreis Flüchtlinge" gegründet. Wir haben uns folgende Aufgaben und Ziele gesetzt:

- Unterstützung der offiziellen Deutschkurse durch freiwillige Helferinnen beim D-Lernen
- Suche von dringend benötigten Sachspenden und Verteilung der Spenden (z.B. Kleidung, Hefte, D-Bücher, Rucksäcke, ...)
- Unterstützung bei der Wohnungssuche für geflüchtete Menschen, die einen Aufenthaltstitel in Österreich bekommen haben
- Hilfe bei der Arbeitssuche für Asylwerber im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und für Menschen mit positivem Asylbescheid, die Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben
- Kulturelle und künstlerische Tätigkeiten initiieren und fördern
- Sportliche Aktivitäten anbieten, fördern und gemeinsam unternehmen
- Begleitung bei Behördengängen
- Gemeinsame Ausflüge und Veranstaltungen (z.B. Konzerte, Vorträge)
- Interreligiösen Dialog pflegen

Was wir tun ...	Warum wir es tun ...
Deutschkurse durch Ehrenamtliche unterstützen	Beim gemeinsamen Lernen entstehen Begegnungen. Begegnungen schaffen Beziehung. Beziehung ist die Grundlage für Verstehen.
Gemeinsam Sport betreiben, gemeinsam musizieren, kochen , ...	Gemeinsames Tun erzeugt Zufriedenheit, Stolz, Freude. Glückshormone sind seltene Botenstoffe im Kreislauf von geflüchteten Menschen. Es ist schön, ein Lächeln auf dem Gesicht des Gegenübers zu beobachten.
Im Internet, auf Facebook, in der Zeitung wahre Berichte schreiben	In der Presse steht viel Negatives. Wir haben Positives zu berichten und erzählen darüber, damit jene Menschen, die beide Seiten hören wollen, die Gelegenheit dazu haben.
Sachspenden sammeln	Viele von uns teilen gern und haben auch die Ressourcen dazu. Damit die Dinge schnell an der richtigen Adresse ankommen, organisieren wir Kleidung, Schuhe, Autositze, Lernmaterial, Möbel und anderes für Menschen, die es brauchen.
Gemeinsam beten	Der Islam steht bei uns als Religion nicht hoch im Kurs. Wir möchten deshalb mehr über den Islam erfahren und über die Menschen, die hier sind und dieser Religion angehören. Wir möchten unsere Vorurteile überprüfen. Vielleicht stimmen sie nicht? Deshalb reden wir über Religion und manchmal beten wir gemeinsam.

Bei der Arbeitssuche und Wohnungssuche helfen	Es geht leichter, eine Arbeit oder eine Wohnung zu finden, wenn Einheimische dabei helfen. Dabei helfen wir mit unseren Netzwerken, der Begleitung bei Bewerbungsgesprächen und Wohnungsbesichtigungen und durch unser Know-How, wie die „Dinge bei uns rennen“.
---	--

Die Kernaussagen aus unseren Statuten lauten:

§ 2 Zweck

Der Verein will das gegenseitige Verständnis und den wechselseitigen Respekt zwischen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund fördern. Der Verein will interkulturelle Begegnung ermöglichen. Der Verein setzt konkrete Maßnahmen, um die Lebensumstände und die Integration von Menschen, die geflüchtet sind, in Tirol und im Besonderen im Westlichen Mittelgebirge in den Gemeinden Grinzens, Axams, Birgitz, Götzens, Mutters und Natters zu verbessern. Unter anderem soll dies durch angebotene Kurse, individuelle Begleitung, Freizeitangebote, Kultur- und Sportinitiativen geschehen. Die Tätigkeit des Vereins ist nicht auf Gewinn ausgerichtet.

§ 3 (2) Ideelle Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- a) Abhaltung von Kursen und Veranstaltungen in deutscher Sprache an geeigneten Örtlichkeiten
- b) Abhaltung von allgemeinbildenden Kursen und Weiterbildungen an geeigneten Örtlichkeiten
- c) Vernetzung mit Behörden, Gemeinden, Pfarren, anderen öffentlichen Institutionen und mit bestehenden Vereinen
- d) Regelmäßige Veranstaltungen aus Kultur, Religion und Sport
- e) Regelmäßige Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch
- f) Veranstaltungen und Weiterbildungen für Vereinsmitglieder
- g) Vernetzung zur Erleichterung der Wohnungs- und Arbeitssuche von Menschen mit Fluchthintergrund
- h) Individuelle Begleitung von Menschen mit Fluchthintergrund
- i) Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund
- j) Konzeption und Durchführung von Integrationsmaßnahmen
- k) Öffentlichkeitsarbeit

**BESUCHEN SIE UNSERE WEBSITE unter
www.miteinander.tirol**

5. Podiumsdiskussion zur Rolle der Gemeinden und Städte im Integrationsprozess

Dr.ⁱⁿ Christine Baur, Landesrätin für Integration

Mag. Gerhard Fritz, Innsbrucker Stadtrat für Integration

Isabella Blaha, Bürgermeisterin von Scharnitz

Mag. Michael Kerber, Mitarbeiter des Diakonie Flüchtlingsdienstes, der seit 1989 Flüchtlinge im Asylverfahren betreut

DI Peter Warbanoff, Integrationsbeauftragter der Gemeinde Wörgl und Berater für Integration auf kommunaler Ebene



6. Kontaktdaten und Links

Abteilung Gesellschaft und Arbeit – Bereich Integration, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 Innsbruck,
Tel.: 0512 508 3551, Email: ga.integration@tirol.gv.at, Internet: www.tirol.gv.at/integration,
www.facebook.com/integration.tirol

Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration,
Rathaus, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 5360 4105,
Email: post.stadtplanung@innsbruck.gv.at;
Internet: <https://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=wohnen/integration>

Haus der Begegnung, Rennweg 12, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 587869, Email: hdb.office@dibk.at,
Internet: www.hausderbegegnung.com

Tiroler Integrationsforum, Email: tirolerintegrationsforum@gmail.com,
Internet: www.facebook.com/pages/Tiroler-Integrationsforum/182379178474675

Diakonie Flüchtlingsdienst, Bürgerstraße 21, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 323072

Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512587130,
Internet: www.gemeindeverband-tirol.at

Online:

www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/artikel/6-tiroler-integrationsenquete-zum-thema-raum-fuer-vielfalt/